

Volkswacht

für Schlesien · Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expeditoren Kurze 4/6 durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5; Matthiassstraße 100, sowie durch alle Ausräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Rml. + 8 Pf. Trägerlohn — 0.45 Rml., monatlich 1.55 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn — 1.90 Rml. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Rml.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. außerhalb 22 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expeditoren Kurze 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38, Postfachkonto: Breslau 58 52. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Anverlangt eingehende Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Dienstag, den 26. April 1932

Nr. 97

Verworrene Lage in Preußen

Abichten des Zentrums auf eine Rechtsregierung? — Eugenbergs auch in Preußen überflüssig — Das Ziel der Rechten nicht erreicht

Die politischen Konsequenzen, die sich schließlich aus dem Ausgang der Preußenwahl ergeben werden, sind bisher noch nicht zu übersehen. Das Zentrum, bei dem der Schlüssel zur Lage liegt, hält sich vorerst offiziell noch zurück. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß es zwischen Zentrum und Nationalsozialisten unter Ausschaltung der Deutschnationalen schon demnächst zu Verhandlungen kommt. Maßgebende Persönlichkeiten des Zentrums vertreten allen Ernstes die Auffassung, daß nach dem Ergebnis der Preußenwahl unbedingt das Experiment einer Regierung mit den Nationalsozialisten versucht werden soll.

Die „Germania“ sagt zu der Preußenwahl: „Die Nationalsozialisten wollten bekanntlich für sich allein die Macht in Preußen erobern. Ergebnis: An diesem Ziele fehlt ihnen die runde Summe von fünfzig Mandaten. Herr Eugenberg seinerseits gab sich der lauten Hoffnung hin, daß die nationalsozialistische Masse in Verbindung mit den deutschnationalen Köpfen zum Erwerb der Macht stark genug sein werde. Ergebnis: Auch in dieser Rechnung fehlen rund zwanzig Mandate. Wieder andere, voran die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, verkündeten das Ziel, daß die Parteien rechts des Zentrums insgesamt die Mehrheit gewinnen müßten. Ergebnis: Selbst diese bescheidene Erwartung der Opposition bleibt mit einem Rückstand von einigen Mandaten unerfüllt. Der von der Rechten angekündigte und zweifellos erwartete Erfolg wurde also in keiner Form erreicht. Die Ausschaltung des Zentrums, auf die es ihr vor allem ankommt, ist nicht gelungen. Das Zentrum hat den gewaltigen Kampf nicht nur unerschüttert überstanden, sondern seinen prozentualen Feststand trotz des durch die Erhöhung des Wahlquotienten bedingten Verlustes von Mandatsverlusten voll behauptet. Es ist auch in dem neuen Landtag ein Machtfaktor, der in alle politischen Berechnungen als wichtigste Größe eingerechnet werden muß. Der große Sturmangriff, der die Opposition in den ausschließlichen Besitz der preussischen Staatsmacht bringen sollte, ist also klar und sicher abgeblasen, wenn er diesem Ziele auch näher kam, als allgemein erwartet wurde. Das ist das wichtigste Ergebnis der Entscheidung. Die Zentrumspartei, der die Wahl eine erhöhte Verantwortung und eine in ihrer Bedeutung gesteigerte Funktion zugewiesen hat, wird auch in dem neuen Landtag der sichere Garant einer sachlichen, ordentlichen und verfassungsmäßigen Staatsführung sein. Sie würde sich selbst aufgeben und den Staat auf das höchste gefährden, wenn sie diesen wichtigsten Grundpfeiler ihrer politischen Arbeit und Ueberzeugung verlassen würde.“

Eugenbergs „Lokal-Anzeiger“ mittelt bereits Morgenluft. Er befürchtet, daß sein Herr und Meister eventuell nicht mit bei der Partie ist. Das Blatt schreibt: „Zweifellos gibt es in den Reihen des Zentrums Leute, die bereits an eine preussische Zweierherrschaft des Zentrums zusammen mit den Nationalsozialisten denken. Der Witz der Sache wäre die Ausschaltung der Deutschnationalen. Zahlenmäßig wäre das Spiel vorstellbar. Auch würden die Zentrumswähler sich wohl auch das gefallen lassen.“

Von der gleichen Seite wie das Eugenbergs-Organ ist die von der Scherer- und Schiffahrtsindustrie subventionierte „Deutsche Allgemeine Zeitung“. Sie propagiert eine Rechtsregierung, an der Eugenberg und Genossen unter allen Umständen beteiligt sein müßten. „Es wäre“, so schreibt das Blatt, „ein glückliches Ereignis in der deutschen Geschichte, wenn die große Rechtsopposition verwirklicht werden könnte. Neben der alle Dämme des Herkommens überflutenden nationalen Erneuerungsbewegung, mit ihrem gewaltigen Uebersturz an Eifer und jugendlicher Begeisterungsfähigkeit, würden in ihr die bewährte politische Erfahrung der Deutschen nationalen Partei und des Zentrums stehen. Die Deutschnationalen haben auch in dem neuen Landtag einige Persönlichkeiten ersten Ranges entsandt, die selbst auf der Linken hohe Wertungen genießen. Nichts spricht vom staatspolitischen Standpunkte aus gegen den Vorzug einer solchen Mehrheitsbildung.“

Die deutschnationale „Deutsche Tageszeitung“ stellt sich ebenfalls äußert sich auch das Organ der christlichen Gewerkschaften, der „Deutsche“. „Die Preußenwahl sollte die „Entscheidungs“ bringen, die Entscheidung um die Macht. Nicht nur um die Macht in Preußen, sondern auch um die Macht im Reich. Das war die Parole der Rechtsopposition, einschließlich der bürgerlichen Parteien rechts vom Zentrum. Und darum ging der Parteikampf, alles andere trat demgegenüber in den Hintergrund. Die Rechtsopposition bei diesem Ziel nicht erreicht; eine Mehrheit der Parteien rechts vom Zentrum. Allerdings ist es gelungen, die Grundlage der bisherigen preussischen Regierung, die Weimarer Koalition, zu zerstören.“

Das „Berliner Tageblatt“ ist ebenfalls der Meinung, daß es in dem Kampf um Preußen keine Sieger gibt: „Auch nicht bei den Feinden des Staates, die in diesen

Kampf zogen, um in den fünf neu zu wählenden Landesparlamenten die Mehrheit zu erobern und von den Ländern aus das Reich zu stürzen. In einem einzigen Lande, dem kleinsten, in A. u. S. konnten nicht die Nationalsozialisten allein, sondern nur die vereinigte „nationale Opposition“, Nationalsozialisten, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, eine knappe Mehrheit erringen. In den vier anderen Ländern wurde der Angriff abgeblasen. Nicht in Preußen, nicht in Hamburg, nicht in Bayern und nicht in Württemberg siegte die Rechte. Von der absoluten Mehrheit, die zu erlangen ihr Kampfsziel war, trennt sie in Preußen die Differenz von 11, in Bayern von 18, in Württemberg von 14, in Hamburg von 17 Mandaten. Der Damm, der die vereinigte „Systemeinde“ Hitler und seine getreue Gefolgschaft von der Alleinherrschaft trennt, hielt stand, und ihr Ansturm auf die Länder und über die Länder auf das Reich ist abgeblasen. Das ist, zweifellos, das wichtigste positive Ergebnis der Wahl, an dem kein Siegesjubel auf der Rechten etwas zu ändern vermag. Es wird nicht leicht sein, mit einem arbeitsunfähigen Parlament zu arbeiten, und es ist wahrscheinlich, das unter Ausschaltung des Parlaments registriert werden muß. Aber es ist kein Grund vorhanden, aus dem Ergebnis des 24. April falsche und gefährliche Konsequenzen zu ziehen. Fest zu bleiben und den Kampfsitz im Reich zu behaupten, das ist die wichtigste und die entscheidende Folgerung aus dem Wahltage.“

Otto Wels muß das Bett hüten

Die Nazi-Kowidies, auch der Abgeordnete Ley, bleiben in Haft. Die nationalsozialistischen Kowidies, die in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend den Führer der Sozialdemokratischen Partei Otto Wels und den Kölner Postzeitungspräsidenten in der rheinischen Metropole überfielen und mißhandelten, bleiben auf Anordnung des Untersuchungsrichters vorläufig weiter in Haft. Unter den Häftlingen befindet sich auch der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Ley, der sich inzwischen übrigens von seinem Alkoholrausch wieder erholt hat.

Otto Wels muß auf Anordnung der Kerze bis auf weiteres das Bett hüten.

Brüning kehrt zurück

Der Reichskanzler kehrt am Donnerstag von Genf nach Berlin zurück.

Zum 1. Mai 1932

In die Arbeiter aller Länder!
Mitten in schicksalshohen Tagen rühmt das sozialistische Weltproletariat zur Feier des ersten Mai.
Noch immer ist im Fernen Osten der Kriegsbrand nicht erloschen. Noch immer stehen japanische Truppen auf Chinesischem Boden. Noch immer ist die Gefahr drohend, daß der imperialistische Heberfall Japans auf China und das Verhängen der kapitalistischen Regierungen, es zur Erfüllung seiner Vertragspflichten zu nötigen, den Keim eines neuen Weltkrieges in sich tragen.
Wir demonstrieren am 1. Mai:
Gegen den japanischen Imperialismus!
Gegen die Interessenten des imperialistischen Raubsystems, gegen den Weltimperialismus!
Gegen den Krieg!
Während der Krieg im Fernen Osten tobt, haben in Genf die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz begonnen. Gerade weil die Kriegsgelahr am größten ist, ist die Abrüstung aller Länder am nötigsten. Eine durchgreifende internationale Abrüstung würde die Kriegsgelahr ganz nicht beseitigen, solange der Kapitalismus besteht, aber sie erheblich verringern. Es gilt, die Abrüstung im Kampf gegen Militarismus und Imperialismus zu erzwingen.
Wir demonstrieren am 1. Mai:
Gegen die Kriegsvorbereitungen!
Für eine völkerverbindende Verständigung aller Völker!
Für den Weltfrieden!
Arbeiter aller Länder!
In den Wahlkämpfen, in denen das Proletariat in diesen Wochen steht, fallen Entscheidungen von geschichtlicher Bedeutung. Es gilt vor allem die Verträge des Großkapitals abzubrechen, das den Herrschaftsbereich des Kapitalismus ausdehnen will. Es gilt um die Behauptung der Demokratie, die Verteidigung der Grundgesetze der Arbeiterbewegung in Deutschland, um den Sturz der

Was nun?

Die Möglichkeiten in Preußen. Die Entscheidung liegt beim Zentrum

Berlin, 25. April (Eigener Bericht).

Die Dinge in Deutschland sind nach dem Wahlsonntag vom 24. April noch verworrener als zuvor. Es ist zwar eine Vereinfachung im Parteiensystem eingetreten, denn aus der Vielfalt politischer Parteien und der Zahl der Splitter, die dem preussischen Stimmentel eine geradezu phantastische Länge verliehen haben, haben sich lediglich fünf große Parteien herausgehoben, die als politische Machtfaktoren in Betracht kommen: Sozialdemokratie, Nationalsozialisten, Zentrum, Kommunisten und Deutschnationale.

Die Position der Sozialdemokratie und ihre Stärke hat eine gründliche Klärung nicht erfahren, wenn auch aus durchsichtigen Gründen die Presse der Rechten mit lautem Geschrei die Behauptung aufstellt, daß die Sozialdemokratische Partei ein Viertel ihres Bestandes verloren habe. Diese Behauptung ist nur möglich mit Hilfe eines kleinen Taschenspielertricks, in dem man die Veränderung der Wahlquotienten von 40 000 auf 50 000 in Preußen unberücksichtigt läßt. In Wahrheit hat die Sozialdemokratie in Preußen gegenüber der letzten Reichstagswahl nur etwa 6,7 Prozent ihrer Stimmen eingebüßt, während beispielsweise die Kommunisten 10 Prozent verloren haben, von den Deutschnationalen und der bürgerlichen Mitte garnicht zu reden! Daß der Taschenspielertrick versucht wird, zeigt, wie sehr man auf der Rechten enttäuscht ist darüber, daß die Sozialdemokratische Partei dem Aufsturm standgehalten hat.

Wenn aber auch das Parteiensystem einfacher geworden ist, so sind dafür die Regierungsverhältnisse umso komplizierter geworden. Die Position der Regierung Brüning im Reich war durch den Bestand der bisherigen preussischen Regierung untermauert. Diese Grundlage ist jetzt nicht mehr vorhanden, vielmehr sind in Preußen ähnliche Verhältnisse wie in Sachsen und Hessen eingetreten, nur mit dem Unterschied, daß die Lage in Preußen viel ärger ist, da Preußen eben drei Fünftel des Reiches darstellt.

Man muß deshalb die Dinge in Preußen, wie sie sich nach der Wahl gestaltet haben, nüchtern ins Auge fassen. Von 422 Mandaten hat die Rechte 203, davon besitzen die Nationalsozialisten allein 162. Die bisherige Regierungskoalition hat 162 Mandate, die Kommunisten haben 57 Mandate. Gegen eine Regierungsbildung der Rechten allein können demnach 219 Man-

Regierung der nationalistischen Reaktion in Frankreich, um die Stärkung der proletarischen Macht im roten Wien.

Wir demonstrieren am 1. Mai:
Gegen den Faschismus!
Gegen alle Versuche der Entrechtung der Arbeiterklasse!
Für die Demokratie!
Einbringlicher kann je zuvor bemerkt der Kapitalismus in dieser furchtbaren Krise seine Unfähigkeit, die Lebensgrundlagen der Menschheit zu sichern. Die Produktivkräfte, die der Kapitalismus geschaffen hat, sind seiner Herrschaft entglitten. Not und Elend von Millionen, stützende Fabriken und Massenarbeitslosigkeit sind die Wahrzeichen des Niederganges des Kapitalismus. Nur die planmäßige Organisation der Weltwirtschaft, eine sozialistische Wirtschaftsorganisation zeigen den Ausweg aus dieser Krise. Die Niederwerfung des Faschismus muß den Weg bahnen für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaftsordnung.
Wir demonstrieren am 1. Mai:
Gegen den kapitalistischen Wirtschaftswahnsinn!
Für ausreichenden Lebensunterhalt für die Opfer des Kapitalismus!
Für die Biergigandenmode!
Für den Aufbau des Sozialismus!
In den geschichtlichen Kämpfen, in denen das Proletariat steht, wird es sich um so härter erweisen, je mehr es vertritt, je organisatorischer es ist. Die Arbeiterbewegung muß sich als proletarische Kraft im Reich behaupten.
Wir demonstrieren am 1. Mai:
Gegen die Spaltung des Proletariats!
Für volle organisatorische Einheit der Arbeiterklasse!
Für die Arbeiter-Internationale!

Wahlkampf der Reichstagswahlen

Der Aufbruch der Rechte ist natürlich der Jubel über den Wahlsieg. In der Reichspresse kann man die übertriebenen Lobpreisungen lesen. Sie sollen wahrheitlich über die Enttäuschung, daß das wirkliche Ziel der Nazis und Hugenberg, der im dem kleinen Anhalt, in seinem Lande Deutschland, in dem nahegeheft gewohnt wurde, erreicht werden ist, nämlich daß die sogenannte nationale Opposition allein die Regierung bilden kann, hinweg helfen. Es ist ja auch Grund zu solcher Enttäuschung vorhanden. Weber in Württemberg noch in Bayern ist eine reine Reichsregierung möglich, in beiden Ländern besteht aber eine klare Mehrheit für eine Regierung der Mitte, in beiden Ländern ist das Zentrum bzw. die Bayerische Volkspartei die Schlüsselstellung und wenn die Rechte zur Macht kommen will, so ist sie dazu stets das Zentrum bzw. die Bayerische Volkspartei angewiesen und muß deren Bedingungen annehmen. In Preußen ist sogar die Stellung des jetzigen Senats, an dem die SPD. teil beteiligt ist, gestiftet worden, hier hat die nationale Opposition nichts erreicht, politisch sogar einen Rückschlag erlitten. In Preußen indes ist zwar die gegenwärtige Mehrheit zerstückt, aber eine andere ist auch nur unter Einbeziehung des Zentrums erreichbar, so daß im Grunde hier eine ähnliche Situation wie in Bayern und Württemberg besteht, nur mit dem Unterschied, daß eine andere Regierung überhaupt nicht möglich ist. Das vertritt vollständig sehr die Tendenzen zu einer erweiterten Rechtsregierung, weil eben eine Alternative in der Mehrheitsbildung nicht besteht, und nur eine Alternative zwischen dieser von den Nazis durchaus nicht erwünschten erweiterten Rechtsregierung und einer bloß geschäftsführenden Minderheitsregierung vorhanden ist. Die ruhigeren, relativ besonnenen Rechtsblätter, auch solche Nazisblätter, haben das auch, wie die anderer Stelle abgedruckten Berichte zeigen, durchaus ein und geben zu, daß ihr Wahlsziel nicht erreicht ist. Die „Schlesische Zeitung“, das halloz zwischen den Richtungen hin und herwandelnde Blatt, das immer so liegt, wie es gepufft wird, gebietet freilich nicht dazu. Es benimmt sich genau so finstlich, wie die parteiisegene Nazispresse, die bei einem Rückgang der SPD. um 6,5 Prozent von der Verdrängung der SPD. spricht. Das preussische Ergebnis war aber durchaus zu erwarten, jeder Mann wußte vorher, daß das auf jeden Fall das Ergebnis der Neuwahl des Landtags sein würde. Es ist deshalb von keiner Seite her ein so großes Geheiß darüber berechtigt, weder ein Besammer darüber, daß die Sozialdemokratie ihre alte Stellung in Preußen verloren hat, die sie tatsächlich ja eingebüßt hat, noch ein Triumphgeschrei der anderen.

Das Bemerkenswerte an der politischen Auswirkung der Wahl ist, daß abgesehen von Anhalt, das zurück ist. analog und Hamburg, wo sich die politische Position der SPD. analog ihrem Stimmenzuwachs gestärkt hat, die politischen Ausichten in den Ländern angenehmer für uns sind, in denen die SPD. sich weniger gut geschlagen hat. Es muß nämlich festgestellt werden, daß die SPD. in Preußen weit besser abgeschnitten hat als in Bayern und Württemberg. In Bayern hat sie gegen die Reichstagswahl von 1930 ungefähr 22 Prozent ihrer Stimmen verloren, in Preußen nur 6,5 Prozent, in Bayern gegenüber der Landtagswahl von 1928 ca. 25 Prozent, in Preußen ca. 15 Prozent, in Bayern büßte die SPD. 41 Prozent ihrer Mandate ein; in Preußen, (selbstverständlich unter Berücksichtigung der Verkleinerung des Landtags) nur 14,7 Prozent. In Württemberg dagegen büßte die SPD. 33 Prozent ihrer Mandate ein und gegenüber der letzten Reichstagswahl 26 Prozent ihrer Stimmen. In Anhalt aber büßte die SPD. nur 20 Prozent ihrer Mandate ein und nur 11 Prozent ihrer Stimmen, die Entstehung der Rechtsmehrheit aber ist auf die völlige Zerreibung der bürgerlichen Mittelparteien zurückzuführen und darauf, daß es dort kein Zentrum gibt. Mit anderen Worten: in den Ländern, in denen die SPD., wie in Preußen und Anhalt, in den letzten Jahren in den Landesregierungen saß und das Land mit verwaltet hat, hat die SPD. weit besser abgeschnitten als in den Ländern, in denen sie, wie in Bayern und Württemberg, in der Opposition, lange sogar in einer sehr scharfen Opposition stand. Das beweist, daß nicht die Tätigkeit der SPD. in diesen Landesregierungen und in der Verwaltung der Grund der Schlappe ist, sondern die große allgemeine politische Entwicklung, die ungeheure Wirtschaftskrise, die unglückliche Zwangslage, in der sich die Partei im Reich befindet, außenpolitische und weltpolitische Gründe. Hier, trotz aller Schimpens der Nazis und Deutschnationalisten auf das System „Braun-Seydewitz“, hat gerade dies System ein relatives Vertrauensvotum erhalten. Die Wählerkraft hat dessen Bekämpfung durchaus anerkannt. Denn in den Ländern, in denen die SPD. in der Regierung saß, hat der gute Eindruck dieser ihrer positiven Aufbauarbeit einen großen Teil der Verluste, die aus Gründen der allgemeinen großen Politik sonst eingetreten wären, wie Bayern und Württemberg zeigen, abgefangen. Doch endlich hat die Verzweiflung viele Wähler, insbesondere der Jugendlichen, über die fortschreitende Wirtschaftskrise und die daraus erwachsende Not in das Lager der politischen Unruhmänner zu dem Heer der Verzweifelten getrieben. Das war vielfach härter, als alle Anerkennung für die Arbeit Braun-Seydewitzs.

Es schwierig nun auch die Lage in Preußen geworden ist, wir können die weitere Entwicklung doch ruhig an uns heran kommen lassen. Wenn das Zentrum den Versuch machen will, mit den Nazis zusammen eine Regierung zu bilden, so mag es das ruhig tun. Es wird sehr bald merken, daß es, wenn es sich mit den Nazis einläßt, genau so in ernstester Gefahr gerieten zu werden, kommt, wie die anderen bürgerlichen Mittelparteien, in den Ländern, die mit ihnen bisher schon ständig liebäugelten, wie vor allem die Wirtschaftspartei und die Bauernpartei beim Landtag. Die Sozialdemokraten würden natürlich zu einer solchen Regierung in die scharfe Opposition treten. Es ergötze aber noch sehr zweifelhaft, ob es dazu kommen wird. Das Zentrum muß, um sich politisch zu behaupten und zu beharren, für dieses Zusammengehen gewisse Bedingungen stellen, die Nazis aber können sie nicht annehmen, weil sie nicht die Partei verraten und wollen sie nicht in der Welt behaupten als Partei, die einen Anteil an der Macht zu erhalten, ihre Souveränität aufgeben. Es ist das Schicksal der Verhandlungen in Preußen, daß es deshalb nur die Aussicht, daß der Versuch überhaupt gelingen wird, nicht gerade groß. Aber das ist nicht einmal das Entscheidende, sondern die Hauptfragestellungen werden erst beginnen, wenn es

überhaupt beginnt, wenn in Preußen eine Regierung aus Nazis und Zentrum, vielleicht auch, wenn er sehr begehrt ist, mit Hugenberg, den sich selbst überflüssig gemacht haben, auf die Reihe zu bringen. Denn dann kann die Bildung einer solchen Regierung, wie man mit Recht betont hat, nicht ohne Rückwirkung auf die Reichsregierung, deren Zusammenbruch und deren Fortfall bliebe. Was wäre dann aber abzuwarten? Müde man mit einer solchen neuen Reichsregierung, in der dann die SPD. in scharfer Opposition liegen würde, eine für Deutschland günstige Lösung der großen außenpolitischen Fragen, insbesondere eine vollständige Lösung der Reparationsfrage, erreichen zu können? Müde man sich, wenn dann auch hier die Nazis und die Deutschnationalen sich selbst verleugnen, was freilich durchaus nicht unmöglich ist. Aber sonst doch wohl kaum. Und deshalb können uns auch hier die Blütenräume der Nazis in Bezug auf ihre Reichsregierung noch bei weitem nicht reiz zu sein.

Aber selbst wenn sie wenigstens in dieser einseitigen Form zur Reife können, selbst wenn die Nazis an dem Kernstück des Zentrums sich in Preußen und im Reich in einzelne Ministerposten teilen könnten, wohl ohne aber die Vollgel in die Hand zu bekommen, so wäre auch das kein Grund mehr, uns ernstlich zu beunruhigen. Diese Reichsregierung der Nazis kann nicht mehr schrecken. Die andere, gefährliche Art aber ist ja durch den Wahlausgang verhindert, es sei denn, die SPD. verläßt ihnen in selbstmörderischer Weise dazu. Darin liegt ja gerade die große Bedeutung des Wahlausgangs und des freilich nur negativen Wahlerfolgs, daß die Nazis, wenn sie jetzt Anteil an der Macht nehmen wollen, sie das nur als politische Kastrierte erreichen können. Überdies hat das Zentrum nach der Erfahrung der letzten 1 1/2 Jahre wohl keine Lust, die Vollgel auch nur indirekt in den Dienst der Nazis zu stellen. Die letzten Monate und ihr Kampf sind da doch nicht vergeblich gewesen. In der immunitierten Form in der die Nazis jetzt nur einen Anteil an der Macht erlangen können, ist die direkte Gefahr, die sonst mit ihrer reinen Reichsregierung verbunden wäre, stark abgeschwächt.

Sitterbanditen überfallen französische Zollbeamte
Die Nazis schämen die Schmuggler — 150 Nazis gegen ein paar Beamte

Wie aus Mey gemeldet wird, hat sich am Sonntagabend eine Sitterbande in der an der Grenze zwischen Saar-gebiet und der Rheinpfalz gelegenen Ortsteil Brenschelbach eine unglückliche Freiheit geleistet. Die französischen Zollbeamten in Brenschelbach hatten einen Deutschen verhaftet, der Fahrradteile über die Grenze schmuggeln wollte. Während ein Zollbeamter sein Protokoll aufschrieb, drangen etwa 150 aus der Rheinpfalz gekommene Nazis unter dem Ruf: „Es lebe Hitler!“ in das Zollgebäude ein und befreiten den verhafteten Schmuggler. Angesichts der drohenden Wirkung der Nazis mußten die Zollbeamten das Gebäude räumen und sich auf französisches Gebiet flüchten. Am Montag hat der Vorkämpfer des deutschen Zollamtes von Brenschelbach die französischen Zollbeamten zurückerufen lassen, ihnen sein Bedauern über den Vorfall ausgesprochen und erklärt, daß er sie unter seinen Schutz nehmen werde.

Die Berliner Montag-Morgenpresse zum Wahlausgang

Der „Vorwärts“ schreibt zu dem Ergebnis der Preußenwahl: „Im katholischen Teil Deutschlands hat sich das Zentrum gegenüber dem Nazistum völlig behauptet, ja es hat stellenweise sogar noch Gewinne zu verzeichnen. Das Zentrum ist die einzige bürgerliche Partei, die den Nazis gegenüber noch ein selbständiger politischer Faktor in Betracht kommt. Das Zentrum kann jedoch nach links keine Mehrheit bilden, weil die Kommunisten für eine Mehrheitsbildung nicht in Betracht kommen. Es konnte nach rechts eine sehr starke Mehrheit bilden — wenn die Nationalsozialisten koalitionsfähig wären. Die Entscheidung über die weitere Entwicklung liegt jetzt in erster Linie beim Zentrum. Aber wie immer diese Entscheidung fallen mag, auf alle Fälle stehen wir in Preußen und in ganz Deutschland vor schweren Kämpfen.“

Die demokratische „Montagspost“ stellt fest, daß keine Koalition die Mehrheit hat und der neue Landtag regierungsunfähig sei. Immerhin werde wahrscheinlich versucht werden, eine Lösung dahin zu finden, bei der man mit der Neutralität der Flügelparteien rechnen könne. Das heißt, es werde von einzelnen politischen Gruppen zweifellos angestrebt werden, eine Art Brünning-Regierung zu bilden, die auf Neutralität der SPD. und auf die wohlwollende Unterstützung der kleinen Parteien auf der Rechten rechnen könnte. Hugenberg's „Montag“ erklärt, daß der Preussische Landtag weder eine Mehrheit von Sozialdemokraten und Zentrum, noch eine Mehrheit der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten besitze. Die Regierungsbildung sei außerordentlich schwierig.“ Wörtlich schreibt das Blatt dem: „Nationalsozialisten und Zentrum haben unter Ausnutzung aller übrigen Parteien, von der hier und da schon nicht einsam beiden Nationalsozialisten, wohl aber bei einigen Zentrumsabgeordneten die Rede gemeint ist, nach den vorliegenden Ziffern eine starke Mehrheit. Alle anderen Mehrheitsberechnungen basieren auf der Tatsache, daß die Nationalisten etwa 20 Mandate erlangen werden.“

Der „Welt am Montag“ spricht davon, daß die formalistische Fraktion in dem neuen Preußen-Landtag das Jünglein an der Waage bilden werde. Auf ihr lasse eine ungeheure Verantwortung.

Das Urteil der Berliner Presse

Die Nationalsozialisten gewinnen in Preußen einen großen Vorsprung vor den anderen Parteien, aber letztere entscheiden den Sieg. Die Regierung Braun-Seydewitz wird an der Macht bleiben — so lautet im allgemeinen das Urteil der Berliner Montagstellungen über die Preußenwahlen. Der einzige Kommentator mit der „Sigara“ und auch der mächtigste Petri-Schwarz hat gegen großen Nachdruck auf den Sieg Sitters, obwohl die Nazis mit dem 10. April keinen Stimmenzuwachs erlitten haben. Der „Welt am Montag“ schreibt: „Eine Sozialistische Partei ist die Nazis noch größere Gefährdung. Sie könnten vielleicht kommen, schon jetzt zusammen mit den Deutschnationalen die absolute Mehrheit im Landtag zu erhalten. Über demnach können sie die Preußenwahlen als einen neuen Triumph betrachten; denn alle anderen Parteien mit Ausnahme des Zentrums haben sich aber mit der Partei verhalten.“ Der sozialistische „Populaire“ stellt fest, daß die Nazis den gegenwärtigen Umständen und die Regierung Braun-Seydewitz an der Macht bleiben. Das ist das Ergebnis, das man erwartete. Es ist das Ergebnis, das man erwartete. Es ist das Ergebnis, das man erwartete. Es ist das Ergebnis, das man erwartete.

Wenn wir aber auch die nun wahrscheinlich bald in Preußen einsetzenden Verhandlungen zwischen den Parteien mit großer Ruhe an uns heran kommen lassen können, so dürfen wir doch beachtlich politisch nicht die Hände in den Schoß legen. Im Gegenteil: Wir müssen auch in den nächsten Monaten dieselbe politische Aktivität entfalten, wie in den vergangenen. Freilich ist diese Aktivität jetzt ein anderes Ziel. Es muß nämlich jetzt alle Kraft darauf konzentriert werden, bei der Reichsregierung, wie sie sich auch zusammensetzen möge, durchzusetzen, daß jetzt endlich energische und entscheidende Schritte auf wirtschaftspolitischen Gebiet zur Abkürzung der Wirtschaftskrise unternommen werden. Hier dürfen die Partei und die Gewerkschaften, die auf diesem Gebiete bisher schon die Führung hatten, sich diese Führung nicht aus der Hand nehmen lassen, sondern sie müssen mit aller Energie daran gehen, die bereits durch die Entwürfe der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und die Beschlüsse des Krisenkongresses der Gewerkschaften eingeleitete Aktion auf Durchführung eines umfassenden Arbeitsbeschaffungsprogramms und Einführung der 40-Stunden-Woche weiterzutreiben. Die Meldungen der letzten Tage über die Entwicklung des Arbeitsmarktes zeigen, daß das im Februar begonnene Sinken der Erwerbslosigkeit bis jetzt in so ungeheurer engen Grenzen blieb, daß die Aussichten auf eine Besserung der Lage wieder sehr gering geworden sind. Damit aber erweitert sich die Aufgabe, die Wirtschaftskrise zu bekämpfen, auch jetzt wieder als die dringlichste. Eine solche Politik würde unserer Partei auch auf allgemein-politischem Gebiete weiter den nötigen Auftrieb geben und würde am ehesten dazu geeignet sein, die politische Rückentwicklung unserer Partei, die in den letzten zwei Jahren eingetreten ist und die bereits in den letzten Monaten durch die Arbeit der Externen Front abgelenkt werden konnte, nicht nur weiter völlig abzubremsen, sondern auch wieder in einen neuen Aufstieg zu verwandeln.

Sozialdemokratie hat durch ihre Disziplin und ihre Energie den Angriff der Nazis abgewehrt. Auf die Weise bleibt Deutschland vor einem Unglück bewahrt.

Der Berliner Korrespondent des „Matin“ telegraphiert: „Die Unruhe, die seit Monaten auf Deutschland und im besonderen auf Preußen lastete, ist nicht befeitigt. Denn die Wahlen zum Preussischen Landtag haben die Lage nicht geklärt. Die deutsche öffentliche Meinung wird angesichts des Wahlergebnisses, das mindestens für den Augenblick die Bildung einer regierungsfähigen Koalition unmöglich macht, weiter in Erregung bleiben. Wenn man die politischen Schwierigkeiten, angesichts deren sich die preussischen Parteien befinden, in ihrer Gesamtheit betrachtet, muß man schnell zu der Feststellung kommen, daß diese Schwierigkeiten zum großen Teil von der übertriebenen Zersplitterung verschiedener Gruppen herrühren.“

Der „Temps“ über den Wahlausgang

Der „Temps“ sagt zur Preußenwahl, der Wahltag in Preußen sei der schlechteste politische Tag, den Deutschland seit September 1930 erlebt habe. „Angenommen“, so schreibt das Blatt weiter, „hat das deutsche Volk jede Selbstkontrolle verloren. Es überläßt sich dem Zufall des Abenteurers. Man legt sich darüber Rechenschaft ab, daß seine so gerühmte moralische Kraft, die aus Organisations- und Diszipliniertheit besteht, eine künstliche Sache war, die keine andere Stütze als einen übermäßigen Hochmut hatte. Diese moralische Kraft hat nicht der Niederlage der Finanz- und Wirtschaftskrise widerstanden. Alle Nationen haben die Pflicht, daran zu denken, denn man muß sich jetzt fragen, welcher Wert unter diesen Umständen für den Wiederaufbau Europas und den allgemeinen Frieden abkommen mit einem Deutschland haben können, das auf die letzte Ebene geraten ist und unter der doppelten Drohung des Nationalsozialismus und des Kommunismus nicht mehr fähig ist, sich eine stabile Regierung zu geben.“

Herriot für Konzentrationstabinett nach den Wahlen

Herriot hat einem Berichterstatter des „Paris Rivist“ über die Politik der Radikalen nach den Wahlen folgendes erklärt: „Für meinen Teil werde ich die Regierungsbildung unter solchen Bedingungen wie 24 übernehme. Selbst wenn die Unterparteien den Sieg davontragen werden sie ohne die Unterstützung der Mitte keine genügende Mehrheit haben. Wir werden also die Führer und die Mehrheit von gestern ihr Experiment vollenden lassen oder auch andere Formeln anwenden können. Auf jeden Fall haben wir es nicht eilig. Die Zusammenarbeit mit der Fraktion Marin lehne ich ab. Es gibt einen wesentlichen aber aufrechten Posten, eine klare Doktrin und eine Doktrin über die Veranschlagung, die uns Republikaner von der Rechten trennen.“

Auf die Frage des Journalisten, ob die Radikalen unter diesen Umständen die bürgerliche Konzentration oder das Einverständnis vorziehen erwiderte Herriot: „Sie kennen unsere Stellung zu den großen Problemen und damit habe ich ihnen genantwortet.“ Man schließt aus dieser Erklärung und aus der Tatsache, daß die Sozialisten in vielen Wahlkreisen einen heftigen Kampf mit den Radikalen führen, daß Herriot für eine Konzentrationregierung ist.

Für die französischen Kammerwahlen haben sich bisher 3240 Kandidaten gemeldet. Etwa 600 Kandidaten gehören der sozialistischen Partei an, 200 der radikalen Partei. Sehr groß ist die Zahl der Kandidaten, die sich als unabhängig ausgeben (unabhängige Sozialisten, unabhängige Radikale, unabhängige Republikaner usw.). Etwa 50 bisherige Abgeordnete kandidieren nicht wieder. London, 25. April. (Gig. Drahtbericht.) Eine neue Partei, die radikalen Kandidaten, die sich als unabhängige Sozialisten bezeichnen, hat sich in der letzten Sitzung des Nationalkongresses in Paris gebildet. Der Nationalkongress besteht aus 1000 Mitgliedern und hat sich am 25. April in Paris im Hotel de Ville versammelt. Er hat sich mit 1800 Mitgliedern versammelt. Er hat sich mit 1800 Mitgliedern versammelt. Er hat sich mit 1800 Mitgliedern versammelt.

Wollwaren
Dienstag 20 bis 22.45
Abend-Kauf, E 15
Das Zeug
Mittwoch, 20 bis gegen 22.30
Abend-Kauf, F 15
Alexandra Stradella
Donnerstag, 20-22.30
Abend-Kauf, D 16
Zosta.

TOHLETTEN
Täglich 20.15 bis 21.50
Haarprüfung

HAARHEATER
Täglich 20.15 bis 22.10
Der fröhliche Weinberg

Schauspielhaus.
Gonnabend, den 20. April
8 Uhr
und die folgenden Tage
Schauspiel
Berliner Bühnenkünstler
Ein entzückendes Fest
Stück von Erwin Straus
Preise 50 Pf. bis 100 Pf. 3.—
Vorverkauf eröffnet.

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
nur
3 SONDER-TAGE
mit 10% Extra-Rabatt!
auf sämtliche regulären Waren (ausgenommen sind Marken- und Netto-Artikel)

SAXONIA
Wollwarenhaus Falk & Posener
Ohlauer Str. 60-61 (am Christophoriplatz)

Urania
12 Monatshefte
und 4 Bücher
Der Preiselbeeren-Rohr
In den und in den
5 Bänden 10 Mark

Gesellschaftshaus Silesia, Heindorfstr. 54
Heute Montag: **Gesellschaftsanz**

Die „Frauenwelt“
den Frauen zum Lesen,
Denken und Schauen!

Frauenwelt
eine Halbmonatsschrift für die
Frau des schaffenden Volkes.
Preis 30 Pf. Zu bestellen
bei allen Zeitungsträgern

Das gute
Edeka-Roggenbrot
ist reinschmeckend, nahrhaft
und bekömmlich.
Nur erhältlich im
Edeka-Geschäft

Fernsprecher 21737 u. 21739
Sorgfältige und zweckmäßige
Ausführung aller Drucksachen
preiswert in kürzester Lieferzeit

Druckerei
VOLKSWACHT
BRESLAU 2 — Fürststraße Nr. 4/6

Lebensbilder
— erzählt von Willy Cohn —
Wilhelm Liebknecht
Mit 1 Bildnis 60 Pfennige
Volkswacht-Buchhandlung

Wegweiser für die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft zum Vorteil!
zur praktischen Lösung aller täglichen Bedarfsfragen und

Wir sind leistungsfähig!
Gute Schuhe
für wenig Geld!
Central-Schuhhaus
Reuschestraße 44



Ölwanne
Ölmahlmühle
Mäßige Monatsraten.

Quabis Brot
8% RABATT

Kauft bei **Blasse**
Blasse ist billig
Nur Graupenstraße

Wollwarenhaus „Saxonia“
Breslau Ohlauer Straße 60/61
„Die billige Bezugsquelle für jedermann“

Jedermann bringen
was jedermann braucht
zu jedermanns Preisen!

Alles für Haus u. Küche
immer billig und gut im
Kaufhaus am Dom
Adalbertstraße 20

Ersie Breslauer Lohnwäscherei
liefert Ihnen im Beisein der Hausfrau in 1/2 Tage
die große Wäsche schrankfertig!!
Großer, geschützter, sonniger Trocken-
platz steht mit zur Verfügung
Rufen Sie noch heute an:
Fernruf 24133 **Arnold Schmidt** Hebenstr. 2
Ter 7

Wer mit
Tietz
rechnet
kann sich mehr leisten!

Schlesische Mühlenwerke
Aktiengesellschaft Breslau
Hervorragend gute
Weizen- und Roggenmehle
Spezialität:
Auszugmehl „Schneeflocke“
erhältlich in allen Verkaufsstellen des Konsumvereins „Vorwärts“

Klischees
Carl Geike & Co.

Breslau 6
Georg Eckstein / Spedition
Friedrich-Wilhelm-Straße 24 — Sammelruf 230 44
Ausführung sämtlicher spezialtechnischer Arbeiten

Metallbettstellen - Matratzen
Beier & Olowinsky
Breslau, Herrenstraße 21

Messow Schmiede- brücke Das Haus der billigen Preise

Eileen
Ne Kleid!
Eileen
Ne Kleid!
Republikanisch
das ganze Land

P. Hartwig
Friedrich-Wilhelm-Straße 3/5 — Telefon 33000
Spedition, Möbel-, Geldschrank-
und Schwervertransport mit Kraft-
betrieb, Speicher

Schmetz ist und bleibt billig!
Friedrich-Wilhelm-Straße 25

Trinkt Altische-Creme
amerikanisch vorzüglich

Möbel sehr billig!
Schiff, Spinn, Küchen, Einzelsessel, Liegesofas
Chaiselonges, Sessel, Plüsch, usw., schon v. 200.- Mk. an
Teilzahlung gestrichelt. **Vormüher Güter Anzeige**
erhalten **Martin Schmidt** **Waldstr. 54/55**

Geld auf Pfänder
Leibhaus Rose
Friedrich-Wilhelm-Straße 61, Telefon 53612
u. Brandenburger Straße 34, Telefon 36634

Molkerei Emanuel Rsohl Tel. 592 24
empfiehlt Voll-, Mager- u. Buttermilch, Butter, Weiß- u.
Fettkäse in allererster Qualität aus eigener Molkerei.
Ferner stets frisch zu den billigsten Tagespreisen alle
Spezial-Fett- und Magerkäse in den Geschäften

Alsenstraße 21

In Geldnot hilft
Leihhaus Julius Grundmann
Trebnitzer Straße 21

Dieser Wegweiser für
die Arbeiter-, Ange-
stellten- u. Beamten-
schaft wird noch er-
weitert. Firmen, die
Wert darauf legen,
darin verzeichnet zu
sein, wollen tele-
fonisch bei der An-
zeigen-Abteilung
der „Volkswacht“
Vertreter-Besuch
anfordern.

Fritz Kops, Klosterstr. 7
H. Fleisch- und Wurstwaren

Herrn Karl Pusch
Hoheluft 22 / Filiale: Silesia 122, Karlowitzmarkt 11

Zigarren, Zigaretten, Taback
Wilhelm Gondeck unübertroffenste
beste Qualität
Görlitzerstraße 13
Telefon 44425

Paul Schomer
Fischerstraße 27 / Filiale: Fürststraße 31
Kolonialwaren, Konserven
Spez. Kaffee (Eigene Rösterei)

Und wo bleibt Ihr Name?
Diese Frage müssen alle unsere Gastmangstrände,
die Volkswächser und -Leserinnen unter Hinweis
auf den „Wegweiser“ an die Geschäftleute
richten, bei denen sie ihren Bedarf decken
für was auf Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft rechnen, das wird
das in der „Volkswacht“ zum Ausdruck kommen

Franz Rzeznika
Breslau 6, Alsenstraße 46, Ecke Leuthenstraße
Kolonialwaren
Spezial durch eigene Qualität
Billigste Preise, höchster Rabatt

Breslauer Nachrichten

Nur eine Verschiebung

Die Reaktion ist nicht angewachsen, sondern hat sich nur im Lager der Wundergläubigen konzentriert

Das Breslauer Wahlergebnis ist wirklich nicht derart, daß es etwa zu Pessimismus Anlaß geben könnte. Man braucht gar nicht weit zurückgreifen, um ein ähnliches Wahlergebnis ausfindig zu machen, nachdem die Sozialdemokraten wieder zu neuen Erfolgen schritt.

Im Mai 1924, also nach der Inflation, erlebten wir ein durchaus ähnliches Wahleresultat. Es verlohnt sich schon, dieses Wahlergebnis einmal mit dem heutigen zu vergleichen. Breslau hatte damals noch nicht eingemeindet und es gab deshalb auch andere Zahlen, so daß man nur bei Prozentberechnung eine Vergleichsübersicht bekommt. Damals erhielten die Sozialdemokraten 82 591 Stimmen. Da es nur 382 078 Wahlberechtigte in der Stadt gab, oder 467 654 bei der Wahl am letzten Sonntag, so betrug der sozialdemokratische Anteil an der Zahl der abgegebenen Stimmen gemessen 27,3 Prozent. Die Kommunisten erhielten 15 867 Stimmen oder 5,3 Prozent. Die in den letzten Jahren von den Nazis aufgetriebenen Parteien sahen im Mai 1924 so aus:

Deutschnationale	67 939 Stimmen
Volkspartei	26 176 "
Deutschnationale Partei (Anknüpfung)	18 687 "
Nationalsozialistische Freipartei	21 856 "
Wirtschaftspartei	3 938 "

Zusammen 138 596 Stimmen

oder 46 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Rechnet man nun das Ergebnis vom letzten Sonntag in Prozentanteile um, dann ergibt sich, daß die 90 673 Stimmen der Sozialdemokraten gleichbedeutend mit 24 Prozent sind. Die Nazis können es als den sehr zweifelhaften Erfolg für sich in Anspruch nehmen, dem großen Heerhaufen der Sozialdemokratie 3,1 Prozent der Wähler entzissen zu haben und der kommunistische Anteil an den abgegebenen Stimmen beträgt 8,2 Prozent. Wenn man die proletarischen Parteien als Massenfront betrachtet, ist aber ihr Anteil noch 2,7 Prozent höher als bei den Berufswahlwahlen im Mai 1924. Und wie sieht es im Lager der Wundergläubigen aus?

Deutschnationale	18 413 Stimmen
Wirtschaftspartei	2 373 "
Schleif. Rechte (also Volkspartei usw.)	3 340 "
Christl.-Soziale	5 255 "
Nazis	160 165 "

Zusammen 189 546 Stimmen

oder 50,3 Prozent der abgegebenen Stimmen. Das Zentrum erhielt damals 13,1 Prozent und am vergangenen Sonntag 11,6 Prozent.

Wie dem 4. Mai 1924 schon am 7. Dezember des gleichen Jahres eine Ernüchterung folgte, so wird auch dem 24. April 1932 ein Erwachen folgen, wenn die verschiedenen Interessentengruppen, die nun unter Hitlers Fahnen zusammengelaufen sind, merken werden, daß niemand vielen Herren zugleich dienen kann und in einer Partei, der Unternehmer und Arbeiter, Hausbesitzer und Mieter, Bauern und Großagrarier, Großindustrielle, Beamte und Arbeitslose nachlaufen, die wirtschaftlich Schwachen unter den Schlitten kommen müssen.

Die Erwerbslosigkeit in Breslau

Die Zahlen, durch die die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den deutschen Großstädten dargestellt wird, sind der wichtigste und eindeutige Ausdruck für die Wirtschaftslage der Bevölkerung und für die Finanzlage der einzelnen Gemeinde; sie geben schon an sich einen klaren Hinweis auf die Gestaltung der Einnahmen aus Steuern und Einkünften der städtischen Werke wie auf das Maß der Belastung durch Fürsorgeverpflichtungen der Stadt. In welchem Grade die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt in Breslau sich nach der ungünstigen Seite entwickelt haben, ergibt sich aus der Tatsache, daß wir auf 1000 Einwohner am Ende Oktober v. J. 129,9 Arbeitslose und zu Mitte März d. J. 156,2 Arbeitslose insgesamt zählten. Die Belastung sämtlicher bedeutender Großstädte im Durchschnitt betrug Mitte März d. J. auf 1000 Einwohner nur 131,5 Arbeitslose; bei Berlin betrug die entsprechende Zahl zum gleichen Zeitpunkt 139,8, Hamburg 121,7, Köln 115,2, München 111,7, Leipzig 144,9, Dresden 144,3, Essen 116,2 und Frankfurt a. M. 122,3 Arbeitslose. Die absolute Zahl der beim Arbeitsamt Breslau Mitte März d. J. gemeldeten verfügbaren Arbeitslosen betrug 96 042.

Noch in einem höheren Maße, als die allgemeine Arbeitslosigkeit in Breslau im Laufe des letzten halben Jahres gestiegen ist, ist die finanzielle Belastung der Stadt durch die Unterstützung der Wohlfahrts-erwerbslosen gewachsen. Da die Arbeitslosigkeit in Breslau in sehr großem Umfange schon zu einer Zeit eingetreten ist, als die Auswirkungen der Krise in den anderen deutschen Großstädten sich noch nicht sehr stark fühlbar machten, ist der Zustrom zur Unterstützung durch das Wohlfahrtsamt in Breslau verhältnismäßig viel früher als im Durchschnitt aller deutschen Großstädte erfolgt. Um ein Beispiel zu nennen, hatte Hamburg zu Anfang 1930 nur 7554 Wohlfahrts-erwerbslose, Köln nur 9024, Hannover nur 4978; Breslau aber zählte damals schon 12 129 vom Wohlfahrtsamt unterstützte Erwerbslose.

Nach der letzten Veröffentlichung in der „Statistischen

Kampfmaj 1932!

Hoch über dem wechselhaften Schicksal der einzelnen Industriedörfer der Erde steht der Ideinhalt des 1. Mai.

Europas Weckruf vor 43 Jahren zündete nicht sofort und überall. Heute aber sind alle Arbeiter jenseits der Ozeane, auch die Varias Indiens, von der brennenden Sehnsucht nach Befreiung aus Lohnknechtschaft erfüllt.

Kapitalistisch-faschistisches Sturmwehen läßt die Flamme der Erkenntnis nach Selbsterlösung mächtig emporlodern. Die Rückschläge in Italien, Ungarn und Litauen sind ernste Warnungen.

1. Mai bedeutet immer noch: Sicherung des Weltfriedens

Kaum ging der Weltkrieg zu Ende und schon wieder vernichteten feuernde Kanonen und bombenstreuende Flugzeuge in Ästen Menschenleben und Kultur. Im Namen der „nationalen Sicherheit“ nimmt das Rüstungsgewerbe vieler Staaten so gefährliche Formen an, daß darüber der Wohlstand ganzer Völker ruiniert wird.

1. Mai bedeutet immer noch: Schutz der Arbeit

vor kapitalistischer Ausbeutung. Das heutige Tempo von Maschinen und Verkehr fordert in immer steigendem Maße Opfer an Gesundheit und Leben.

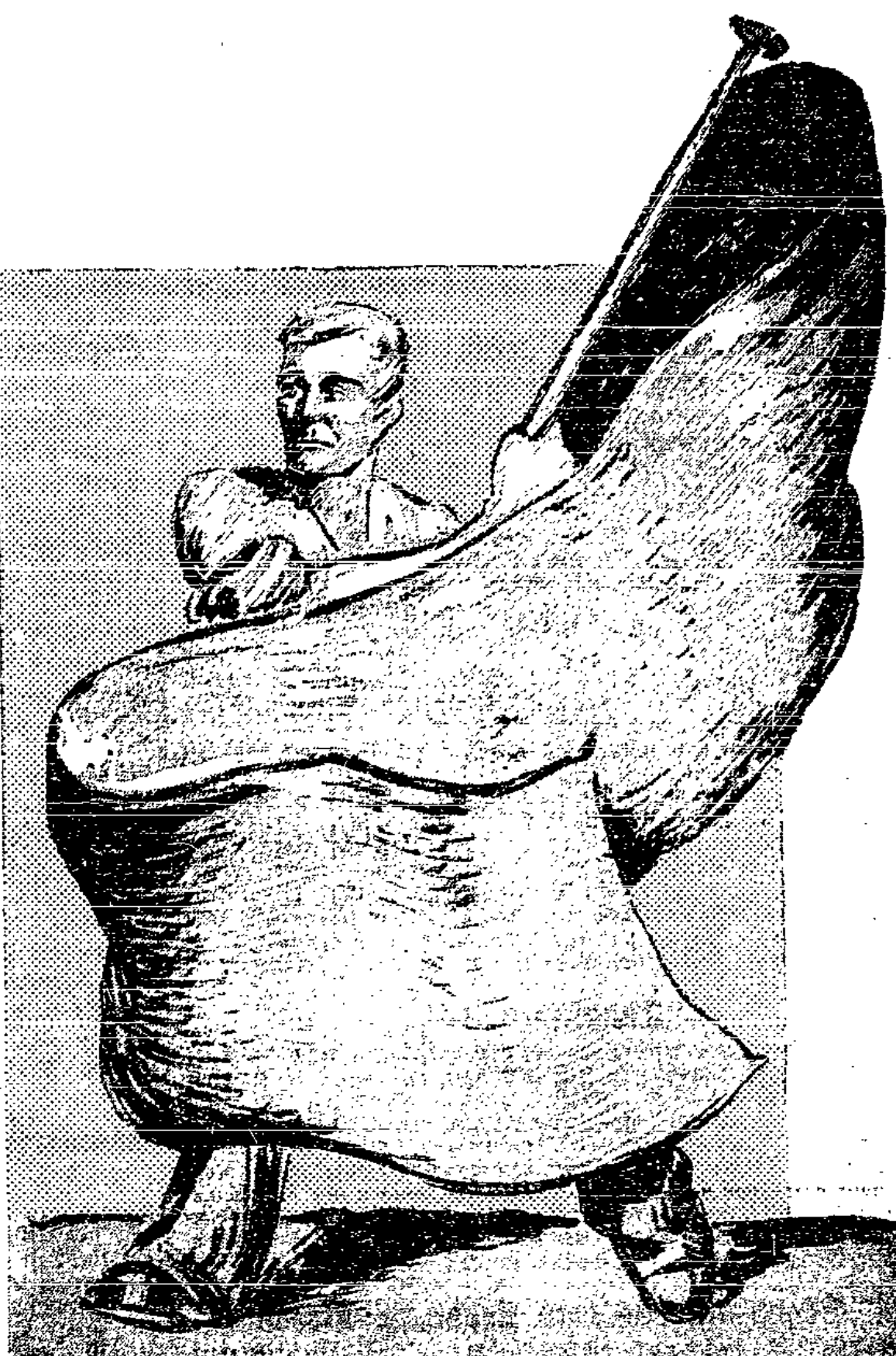
1. Mai bedeutet immer noch: Verkürzung der Arbeitszeit

Die Forderung des 8-Stundentages vor vier Jahrzehnten, einst ein unverständliches Ziel genannt, ist weitem Wirklichkeit. Heute aber ist auch das Angebots des ausgedehnten Erzeugungsapparates noch zu viel, wenn alle Arbeitslosen in Dienst genommen werden sollen.

Der Kapitalismus aller Länder — ob in Sieger- oder Unterlegenen-Staaten — hat sich zur Lösung dieser Aufgabe unfähig gezeigt. Die 25 Millionen Arbeitslosen aller Berufe reden eine zu harte Tatsachensprache. Ziel- und uferloses Profit- und immer wieder Profitstreben hat zu den Zusammenbrüchen hochkapitalistischer Wirtschaftsunternehmen größten Ausmaßes geführt. Das arme Volk allein büßt diese Fehler. Ein schwacher Trost nur ist es, hervorragende Vertreter dieses Wirtschaftssystems in Gefängnisse wandern oder durch Selbstmord enden zu sehen.

Das Wirken im Sinne der Maigedanken ist Dienst

an der Menschheit, bedeutet Förderung von Zivilisation und Kultur. Die Befreiung der Völker vom Joch des Kapitalismus ist eine Aufgabe, so groß — daß sie bisher — obwohl oft schon angestrebt — noch von keiner Zeitepoche geleistet werden konnte.



Das Ringen im Geiste des 1. Mai ist revolutionäres Tun im Alltag.

Auf daher alle, Männer und Frauen und Jugend des werktätigen Volkes, die ihr nicht rasten und ruhen wollt, bis der Klassenüberwindende 1. Mai zum Völkermaj geworden ist.

Heraus zur Massenkundgebung!

Es lebe der 1. Mai

Ortsausschüsse Breslau des

Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes,

Allgemeinen freien Angestellten-Bundes,

Allgemeinen Deutschen Beamten-Bundes.

Korrespondenz" hatte sich in Breslau bis zum 29. Februar d. J. die Zahl der anerkannten Wohlfahrts-erwerbslosen auf 40 680 gesteigert. Auf 1000 Einwohner berechnet, ergab dies eine Belastung von 67,83 Wohlfahrts-erwerbslosen, während zu gleicher Zeit auf 1000 Einwohner in Berlin 62,31, Köln 41,25, Essen 37,55, Frankfurt a. M. 49,44, Hannover 55,25, Königsberg Pr. 42,44 und Stettin 45,70 Wohlfahrts-erwerbslose entfielen.

Wenn sich in den letzten Wochen in der gesamten Arbeitsmarktlage eine saisonmäßige Entlastung geltend zu machen beginnt, so kommt diese Besserung doch lediglich in der Zahl der vom Arbeitsamt Unterstützten zum Ausdruck. Während man hier bei den Beiträgen schon seit einer Reihe von Wochen eine fallende Tendenz feststellen kann, setzt die Entwicklung beim Wohlfahrtsamt noch immer eine gegenläufige Richtung. Bei der Feststellung der anerkannten Wohlfahrts-erwerbslosen für den Stichtag vom 31. März d. J. ergab sich die außerordentlich hohe Zahl von 42 495 Wohlfahrts-erwerbslosen und 1912 schwebenden Fällen, insgesamt mithin von 44 407 Wohlfahrts-erwerbslosen (ohne Unterstützte).

Die durch diese Zahlen gekennzeichnete Entwicklung, die durchaus nicht parallel der Gestaltung der allgemeinen Arbeits-

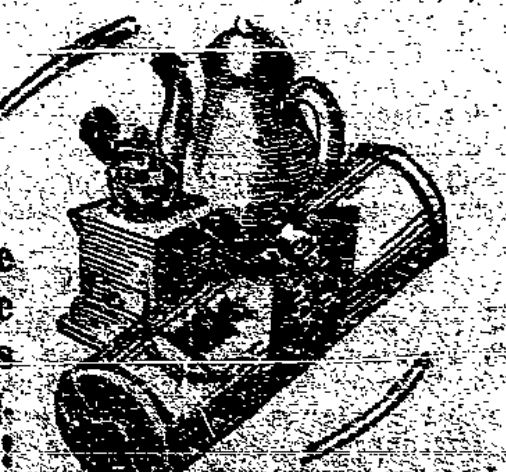
marktlage verläuft, und die ins Riesige gewachsene Belastung der städtischen Finanzen, muß notgedrungen zu einer Neuordnung der Unterstützungsverhältnisse führen, soll das Gebäude der kommunalen Finanzwirtschaft nicht vollkommen zusammenbrechen. Dr. Bronski.

Zur Durchführung des Milchgesetzes

Vom Stadtausschuß des Stadtkreises Breslau wird uns geschrieben: Der Regierungspräsident hat angeordnet, daß die im § 21 der preussischen Verordnung vom 16. 12. 31 zur Durchführung des Milchgesetzes vom 31. 7. 30 für Kleinhändler vorgeschriebene Mindestumfahmenge (für Breslau 200 Liter) nur für neu zuzulassende Unternehmen gilt. Unternehmen, die in der Zeit vom 8. 8. 30 bis zum 31. 12. 31 zum Handel mit Milch zugelassen worden sind, brauchen im Stadtkreis Breslau für die Dauer von fünf Jahren, das ist bis zum 1. 1. 37, nur 150 Liter täglichen Umsatz nachzuweisen. Dasselbe gilt für Unternehmen, die nach dem 1. 1. 32 an Verwandte ersten oder zweiten Grades (nicht Ver Schwäger) des bisher zugelassenen Inhabers oder dessen Ehegatten übergehen. Vor dem 8. 8. 30 zugelassene Unternehmen bleiben in der Umsatzmenge unbeschränkt.

Soll der Kaffee billiger sein,
Tu mehr Mühlen Franck hinein!

Wenn Sie Mühlen Franck, die gute Kaffeewürze, verwenden, brauchen Sie weniger Kaffee und bekommen trotzdem ein volles, herrhaftes, kräftiges Getränk. Mühlen Franck ist sehr ergiebig, würzkraftig und billig. Ein halbes Pfund kostet nur 22 Pfennig. Machen Sie einen Versuch!



Das Provinzparlament versammelt sich

Die Vorlagen des 11. Provinziallandtages

Heute nachmittag tritt der 11. Niederschlesische Provinziallandtag zusammen. Er wird entgegen der bisherigen Übung in seiner ersten Sitzung nicht nur die Eröffnungsrede des Oberpräsidenten entgegen- und die Konstituierungsformalitäten vornehmen (der Vorsitzende wird bekanntlich jedes Jahr neu gewählt), sondern mit einem Vortrag des Landeskommissionärs Werner über den Etat für 1932 gleich in die sachliche Beratung der Vorlagen eintreten.

Der Provinziallandtag, der voraussichtlich unter freundschaftlicher Begleitung der nationalen Opposition tagen wird, hat sich außer mit dem Etat, den wir in unserer gestrigen Nummer einer kritischen Betrachtung unterzogen, mit etwa 20 Vorlagen zu befassen, die den Gesamtplan der Verwaltungstätigkeit des Provinzialverbandes umfassen und gleichzeitig einen Überblick über die gegenwärtige Lage in Wirtschaft und Verwaltung unserer Provinz ergeben. So ist es beispielsweise nicht uninteressant, im Bericht der Provinzialhilfskasse über ihre Tätigkeit im vergangenen Jahr zu lesen, daß der Privilegierung des arbeitslosen Schuldners durch das Sicherungsverfahren große Schwierigkeiten entstanden und daher bei der Abwicklung die Interessen der Gläubiger nunmehr mit derselben Energie berücksichtigt werden müssen, wie bisher das Recht des Schuldners. Da die Nazi aber bekanntlich darauf ausgeben, die bisherige Bedienung der Großlandwirtschaft unter Minister Schlangensiefel zu steigern, dürfte diese wirtschaftlich sicher begründete Forderung wohl ein frommer Wunsch bleiben. Neue Kredithilfe konnte die Hilfskasse in diesem Jahre nicht bringen, so daß ihre Tätigkeit im Wesentlichen im Stillhalten bei schwachen Schuldnern bestand. Da sich bereits Anzeichen eines Schuldnerstreiks bemerkbar machen, war die Lage des Instituts mitunter recht schwierig. Bei der Feuerkasseler, die bei der Sage geht, daß sie noch sagenhafte Gehälter an eine nicht geringe Zahl leitender Beamter zahlte, sollen die Allgemeinen Versicherungsbedingungen geändert werden, was der Provinziallandtag zu genehmigen hat. Da die Änderung im Interesse der Versicherten liegt, wird die Genehmigung wohl ohne weiteres erfolgen. Das Institut weist in seinem Geschäftsbericht für 1931 einen Vermögensbestand von über 5 Millionen Mark aus, der noch erhebliche stille Reserven in sich schließt, da die Vorgesetzten nur mit einer Mark zu Buche stehen. Die Kündigung für 1932 wurde insoweit des schiedsrichterlichen Schiedsgerichtes auf 5 Prozent gekürzt. Eine erschreckende Statistik hat sich in diesem Bericht hinsichtlich der Brandstiftungen in Niederschlesien auf. Allein 15 Häuser wurden im Bereich der Provinz wegen Brandstiftung an eigenen Anwesen und 40 Personen wegen sonstiger Brandstiftungen angeklagt, insgesamt über 48 Jahre Freiheitsstrafen wegen derartiger Verbrechen verhängt. Für Feuerkassadenversicherung und Bekämpfung gab die Sozialität insgesamt 390 954,91 Mark, d. h. 5,4 Prozent der in der Feuerkassadenversicherung aufkommenden Beiträge aus. Bei der Stadtkasse, die ebenfalls ihren Geschäftsbericht vorlegt, ist durch die Ausschließung der Börsen das Belohnungsgeld vollständig lahmgelegt worden. Ueber das Kindererziehungsinstitut in Zennowitz wurde kürzlich berichtet, daß es seinen Betrieb mangels Mittel einstellen müsse. Der dem Landtag vorliegende

Etatentwurf steht jedoch eine Belegung mit 850 Kindern und 35 Haushaltungsfrauen laufend vor und wird sich wohl auch halten lassen. Wie uns aus Silesberg berichtet wird, hat sich hier ein kleiner Betriebsunfall abgespielt, da die stämmige nationale Sekretärin des Heims wegen Unregelmäßigkeiten plötzlich entlassen werden mußte. Schade, daß die Korruptionsseite der „Schlesischen Tageszeitung“ keinen Platz mehr für Ergänzungen hat. Der Haushaltsplan der Laubstummeneule in Liegnitz wird dem Landtag in der Annahme vorgelegt, daß die Unfall ab 1. Juni auf die Provinz übernommen wird. Anscheinend sind hier aber, wie wir schon mitteilten, noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, die wohl nicht durchweg sachlicher Natur zu sein scheinen.

Die Gehaltskürzungen in den einzelnen provinziellen Verwaltungszweigen gehen wie überall weit über die Preisenkung hinaus. Der Etat der Hebammenlehranstalt weist eine Entlastung des Gehaltssetzels von rund 20 Prozent, der der Provinzialerziehungsanstalt in Wollau sogar von 21 Prozent aus. Die provinziellen Erziehungsanstalten bleiben weiter bestehen, während etwa 12 private Anstalten, die bisher Zöglinge zugewiesen bekamen, infolge der Kürzung der Staatszuschüsse geschlossen werden sollen. Zeichen der Zeit zeigt auch der Bericht und der Etat des mit der Landespflegeanstalt verbundenen Schneiderischen Arbeitshauses, aus dem zu entnehmen ist, daß die Zahl der zu Arbeitshaus verdonnerten unbemittelten Altmittelständler abnimmt, die Zahl der Pflegekinder der Landespflegeanstalt aber ständig wächst. Die Blindenanstalt in Breslau erfordert für 1932 einen Zuschuß von 21 500 Mark, das Museum der Wissenschaften 107 000 Mark. Bedauernd wird dabei im Etat vermerkt, daß diese gegenüber früher verminderte Zuschußsumme eine Hebung der Bedeutung des Museums, im Sinne einer deutschen Ostpolitik, nicht mehr ermöglicht. Weder Kunst noch Wissenschaft sind im Osten allmählich vor der Ostpolitik sicher; beides ist gleichermäßen bedenklich. Das Landesamt für Vorgesandte erfordert wie wir schon bemerkten, in diesem Jahre 66 300 Mark Zuschuß und soll ähnlichen Beiträgen dienen. Das Provinzialerziehungswert ist wie bekannt an die mit den Reichselektronen begründete Niederschlesische Elektrizität AG. übergegangen; im Etat findet sich daher nur der Beamtenstab für die Wasserwerke der Provinz, die nach einem besonderen Verteilungsschlüssel mit der Neag aufgeteilt wurden. Haushaltsplanübersichtungen von insgesamt 1 526 166,79 Mark aus dem Jahre 1930 sollen vom Landtag nachträglich gebilligt werden. Für die Ferngas AG, die die Fernleitung Waldenburg-Hirschberg verwaltet, soll eine Bürgschaft für ein Darlehen der Gesellschaft für werkschaffende Arbeitslosgenüßnahme übernommen werden, das dem Leitungsbau diene. Die ziemlich weitgehenden Hoffnungen auf die Entwicklung der Ferngasverwendung haben sich, wie das Fehlen entsprechender Berichte zeigt, nicht bestätigt. Die Heiz- und Pflegenanstalten haben ihre Ausgaben und Einnahmen gegenseitig ausgeglichen, so daß die Anstalten mit Ueberhörschüssen für die Zuschußbedürftigen eintraten. Die Belastung der Provinz für die Versorgung der Geisteskranken usw. ist aber dennoch sehr erheblich, da ja die Mehrzahl der untergebrachten Kranken als Landespflegebedürftige der Provinz zur Last fallen und auch sonst die Kosten oft nur teilweise von den Bezirksfürsorgeverbänden oder unterhaltspflichtigen Verwandten heringebracht werden können.

Notdürftig abgeholfen. Der Kassenhändler Schr. fuhr hier eingangs der Ortschaft auf einem Langholzwagen mit Rüstzeug für den Sanderbau, der ungesichert und unbelichtet stehen gelassen war. Eine der Rüststangen durchschlug die Führerlehre, der Fahrer kam jedoch, da er den Wagen noch rechtzeitig zum Halten bringen konnte, mit dem bloßen Schrecken davon. Der Wagen mußte abgeschleppt werden.

Schießwut. Die Hand abgerissen. Hier zog der 14jährige Schüler Walter Geisler, auf einem Reitenwagen sitzend, Döhlen an einem Lenkstrahl nach, den er sich um die linke Hand wickelte. Als er die Döhlen mit der Peitsche antreiben wollte, sprangen diese zurück und rissen dem Jungen die halbe Hand weg. Er mußte im Krankenhaus sofort operiert werden.

Feuern. Schadenfeuer. Am Sonntagabend brach gegen 1/7 Uhr in der Scheune des Stellenbesizers Junger Feuer aus und legte sie in kurzer Zeit in Asche. Das Feuer soll durch jahrelängige Brandstiftung eines Kindes entstanden sein.

Jahrlöw. Schulvorstand gegen körperliche Ermüdung. Obwohl bekanntlich die körperliche Ermüdung der Jugend von staatlicher Seite und durch die Gemeinden stets gefördert werden soll, hat hier der Schulvorstand einen Beschluß gefaßt, dem Vorzug des Reichsbanners, der als Jugendpflegeorganisation anerkannt ist, die Benutzung des Spielplatzes der neuen katholischen Schule zu verweigern. Selbstverständlich sind hierfür nicht sachliche, sondern lediglich politische Motive des in seiner Mehrheit reaktionären Schulvorstandes maßgebend. Obwohl die Arbeiterfrauen des Ortes bei dem Neubau Handdienste leisteten, jagt man jetzt ihre Kinder von dem Spielplatz. Selbstverständlich wird es mit diesem Beschluß nicht sein Bewenden haben.

Jahrlöw. In einer S. V. - Versammlung, in der der ehemalige Kommunist Reimann sprach, kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen mit den Kommunisten, da Reimann einen kommunistischen Diskussionszettel persönlich angriff. Die Landräger lösten schließlich, um Tätlichkeiten vorzubeugen, die Versammlung, die alles andere denn werdend gewirkt hatte, auf.

Herrmannsdorf. Bäckermeister Pallesche ersuchte uns um die Feststellung, daß seine Löhner sich nicht bei der von uns mitgeteilten Nazipropaganda beteiligt haben.

Nimtau. Hakenkreuzbanner auf dem Schafstall. Die Nimtauer Nazis waren am Wahlfreitag so fleißig, daß sie auf dem Schafstall der Staatsdomäne Nimtau eine Hakenkreuzfabrik anbrachten. — Sollte das ein sinniges Symbol für kräftige Regierungspraxis sein?

Sozialdemokratische Partei
 Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
 Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-171
 Telefon 59060, 59061
 Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-11 u. 16-18 Uhr
 Mittwochs, den 27. April, bei Grieger: Wichtige Funktionärerversammlung, Anfang 19 Uhr. Genosse Schiffer ist anwesend.

Straßensperrungen im Verbreitungsgebiet
 mitgeteilt von der Provinzialverwaltung Niederschlesien. Ohne Gewähr. Sperren, deren Enddaten seit gedruckt sind, werden am darauffolgenden Tage frei. Die vorangestellten Ziffern sind die Generalstabskartennummern, die eingeklammerten die Ordnungsnummern der Meldestellen für Straßensperrungen; Breslau 2, Landeshaus.

421. Hundsfelder Straße zwischen Friedewalder Straße und Eisenbahnübergang vom 30. März bis 7. Mai wegen Neupflasterung gesperrt. Umleitung ab Cavallener Straße über Schwaifisch, Güntherbrücke und umgekehrt. Mehrlänge 7 Kilometer. (1/32)

Strehlfener Straße zwischen Helmuth- und Otendstraße vom 23. Mai bis 18. Juni halbjährig gesperrt. (7/32)

424. S. D. Str. Breslau-Obernigt. Die Weidenbrücke bei Weidenhof kann b. a. w. nur mit Fahrzeugen bis 4 T. Gesamtgewicht befahren werden. (394/30)

Konzerte / Theater / Vergnügungen
 Schlesische Philharmonie. Kommanden Montag findet das 12. (Leit) Abonnementkonzert der Schlesischen Philharmonie statt. Prof. Dr. Georg Dobner bringt Beethoven's 9. Sinfonie zur Aufführung. Chor: Breslauer Singakademie. Solisten: Barbara Reigner, Heria Wähle, Bentur Singer, Kurt Wischmann. Der Sorevert für dieses Konzert beginnt morgen.
 Stadttheater (Opernhaus). Heute Dienstag: 20 Uhr. Abonn.-Konz. E 131. Das Herz. Morgen Mittwoch 20 Uhr. Abonn.-Konz. F 15: „Krieg und Liebe“ (S. G. Schiller). Donnerstag 20 Uhr. Abonn.-Konz. D 16: „Tosca“ mit Erika Dabow in der Partie der Tosca.
 Arbeitertheater. Täglich 20.15 Uhr „Reifeprüfung“ von Max Dreger. Inszenierung Maria Wagner. Premierenbesetzung. In Vorbereitung befindet sich das Lustspiel von Leo Lenz: „Der Mann mit den grauen Schläfen“ in der Inszenierung von Harry Milton.
 Schalltheater. Täglich 20.15 Uhr der hümmige Heiterkeitsserjog „Der fröhliche Weinberg“. Lustspiel von Carl Zudmayer, in der Inszenierung von Harry Milton und der Premiärbesetzung.
 Lustspiel Berlin'sche Bühnenkünstler im Schauspielhaus. Gannabend um ersten Male: „Ein entzückender Mensch“, Lustspieloperette, Musik von Erwin Strauß.

! Vergesst nicht, für Eure Partei und für Eure Presse zu werben !

Eine Liebestragödie

Im Hirschewalde bei Mittelwalde wurden die Leichen eines etwa 30jährigen Mannes und einer etwa 25 Jahre alten Frau aufgefunden. Der Befund läßt darauf schließen, daß die beiden Personen bereits vor einigen Tagen in den Tod gegangen sind. Es handelt sich allem Anschein nach um eine Liebestragödie. Der Mann hielt mit der rechten Hand einen Revolver umklammert und es ist anzunehmen, daß er erst die Frau und dann sich selbst erschossen hat.

Da man keinerlei Ausweisungspapiere vorfand, konnten die Personalien noch nicht festgestellt werden.

Die Freundin erschlagen

Im Verlauf eines Laubhutsanfalls schlug der Fahrwerksbesitzer Fritz Vogt aus Raudten seine Freundin, die Witwe Elisabeth Kiewewetter in Lüben, mit einem Küchenstuhl in ihrer Wohnung nieder. Frau K. verstarb kurz darauf. Vogt soll schon öfter derartige Anfälle, die bei ihm als Folge einer Malaria auftraten, gehabt haben. Er wurde in die Provinzialirrenanstalt überführt. Die Frau hinterläßt drei unmündige Kinder, die Zeugen der furchtbaren Bluttat waren.

Paruschowitz vor dem Standgericht

Vor dem Kynischer Standgericht wurde dieser Tage gegen einige an den Arbeitslosenmärkten in Paruschowitz beteiligte gemeinere Arbeitslose verhandelt. Der Hauptangeklagte, der 14jährige Richard Paruschowitz wurde zu einem Jahr Gefängnis, acht Angeklagte zu je neun Monaten, zwei Angeklagte zu je sechs bis vier Monaten Gefängnis verurteilt, ein Angeklagter freigesprochen. Allen Beurteilten wird die Unterhülfenlosigkeit angerechnet; außerdem wurden sie von der Tragung der Gerichtskosten befreit.

In der Verhandlung befandete der Kommandant des Paruschowitz Polizeikommissariats Szarasin, daß die Polizei die scharfe Salve in die 20 Meter entfernte Menge hinein erschossen habe, nachdem ein Steinbombardement auf die Polizei eröffnet und mehrere Revolverhülsen auf die Polizei abgegeben worden seien, die diese zunächst mit zwei Schreckschuss-Salven beantwortet habe. Die Revolverhülsen aus der Menge heraus seien von dem Arbeitslosen Johann Karzall abgegeben worden, der ins darauf in seiner Wohnung der Polizei handschlingung überreicht gelangt und sich, nachdem die Polizei Karzall mit Tränengasbomben vorgegangen sei, selbst erschossen hat.

Siegal, Freitag auf den Säcken. Am Sonntagabend nachmittag wurde im Brau in der Nähe der Hängebrücke von dem aus Lüben kommenden Personenzug ein Mann in mittleren Jahren, der sich auf dem Bahnsperre gestellt hatte und trotz Warnungsgesetzes nicht heranzuging, von der Lokomotive erwischt und überfahren, ehe der Zug zum Stehen gebracht werden konnte.

Mitglied Leberecht Freifahrt. Der Chauffeur eines Motors-Jagdflugzeuges begabte auf der Landstraße bei Jöhndorf einem silesischen Heubler, der sich zu Fuß auf dem Wege nach Frankenstein befand. Das Mitglied nahm er bei bereits sehr erregtem Mann ein Auto im Auto mit, fuhr aber noch nach wenigen Minuten infolge Beschagens der Steuerung gegen einen Baum. Während der Fahrt mit dem Auto wurde an der Straßenseite ein Mitglied der Polizei durch die Scheinwerfer auf die Straße gerufen und zum Anhalten gezwungen.

Primmann. In dem ungesicherten Bahnübergang in der Nähe der Siedlung wurde die 22jährige Tochter des Tischlers Wölner von einem Zug erfaßt und zur Seite geschleudert. Sie erlitt einen Schädelbruch und Beinverletzungen.

Aus der Umgebung

Mißglückter Nazi-Überfall

Am Wahlfreitag versuchten sozialdemokratische Funktionäre in Barne, Kreis Neumarkt, Wahlplakate anzulegen. Als sie in die Nähe der Wirtschaft des Schmiedemeisters Neumann kamen, bemerkten sie, daß sich dort auf dem Boden die einheimischen Nazijünger, wohlbewaffnet mit Zaunlaten, Stöcken und feststehenden Messern, verschanzt hatten. Anscheinend hätten sie dort die ganze Nacht auf die Nazis gewartet.

Da der Horner Obernazi Mankus prompt seinen Hirschjäger zog und die Arbeiter keine Lust hatten, sich wehrlos abgeben zu lassen, kam es zu einer Schlägerei, bei der die Jünger des Dritten Reiches allerdings den Kürzeren zogen. Sie ergriffen das Hofspanier und suchten schließlich den Schutz des Landjägers, der sie dann nach Hause begleiten mußte.

Breslau. Politischer Zusammenstoß. Am Freitag gerieten Anhänger der Kommunisten und Nazis bei ihrer Wahlpropaganda am Bahnhofsplatz aneinander. Im Verlauf des Streites soll ein Nazi mit dem Messer gestochen worden sein. Die Breslauer Polizei räumte den Platz.

Kinder demonstrieren gegen den Alkohol



Die Straßensperren sind durch eine Demonstration gegen den Alkohol durchgeführt, an der sich auch viele Jugendliche beteiligten.

Sarnmerjustiz

Nicht Neger warten auf Gnade — Die Kronzeugin von Alabama Ein bisher unveröffentlichter Brief des Arbeiterführers Mooney

Jungneger zum Tode verurteilt. Sie sollen eine Frau vergewaltigt haben. Am 18. Mai sollten die Neger hingerichtet werden. Inzwischen ist der Hinrichtungstermin auf den 24. Juni verschoben worden, weil die Verteidigung noch Gelegenheit erhalten soll, gegen das Urteil beim Bundesgericht in Washington Berufung einzulegen.

Negerhandel

Scottsboro, ein Farmernest wie hundert andere, liegt im Staate Alabama, im Lande des Hurrikans, mitten im Baumwolldistrikt des schwarzen Gürtels von Amerika. Dreierlei handelt man hier in dieser Stadt: Baumwolle, Zuderrohr und — Negerarbeiter: Landarbeiter und Halbpfächter für die großen Pfläner, im Innern des Landes. Der Handel geht schlecht. Sehr schlecht. Kein Wunder auch, die Agrarkrise hat diesen gelegentlichen Landkrieg erfasst. Der Ertrag der Baumwolle sank in einem Jahre um 354 Millionen Dollar und der Lohn des schwarzen Landarbeiters bei einer Arbeitszeit von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, von 90 auf 30 Cents und weniger. Aber es gibt kaum noch Arbeit für die billigen schwarzen Arbeiter und überhaupt keine mehr für die weißen. In den beiden ungleichen Lagern, in die sich jede amerikanische Stadt des Südens teilt — hier schwarz, dort weiß — herrscht daher gereizte Stimmung.

Wanderer nach Arbeit

Acht Jungneger, acht aus einem losen Zug von Tausenden, wanderten vom Osten nach dem Westen des Staates. Sie hofften, endlich wieder auf einer der Riesfarmen Arbeit zu finden. Wie alle Arbeitssuchenden im Süden zogen sie als Tramps. Autosagabundagen blieben ihnen verschlossen, sie zogen es vor, die größeren und beschwerlicheren Strecken ihres Hungermarsches als blinde Passagiere in leeren Güterwagen der Eisenbahn zu überwinden. In der Nacht zum 23. März 1931 gerieten sie in einen Güterwagen, der bereits „Passagiere“ aufzunehmen hatte; drei weiße Tramps. Wie so oft in diesen Fällen, kam es bald zu Streit und Säuferei. Auf der nächsten Station mußten die „Weißen“ das Feld räumen. Viele Stunden nach dieser handgreiflichen Auseinandersetzung lief der Zug in Scottsboro ein. Eine große Menschenmenge wartete auf dem Bahnsteig und rief die Negerjungen aus dem Wagen, verprügelte sie und führte sie im Triumphzuge ins Stadtgefängnis.

Fünfzig Tage nachher wurde ihnen der Prozeß gemacht. Die Jungneger waren angeklagt — eine weiße Frau im Zuge vergewaltigt zu haben. Die Neger bestritten jede Schuld. Über das „Opfer“ war selbst als Zeugin zur Stelle. Eine im Staate herumvagabundierende Prostituierte.

Die Erpressung

Während der Verhandlung demonstrierten tausende von Farmern, mit Waffen ausgerüstet, vor dem Gerichtssaal, sie forderten die Auslieferung oder den Tod der Negerjungen. Die ungeheure Spannung der letzten Monate, die aus ganz anderen, von uns schon genannten Ursachen, herrührte, drohte sich zu entladen. Unter dem Druck der Straße sprach das Gericht das achtjährige Todesurteil aus. Als Schulding lag jedoch nur die Aussage der Prostituierten vor, deren Kameradin aber festgestellt hatte, daß sie gar nicht in demselben Wagen wie die Neger gefahren war. Die Verteidigung erhob sofort Einspruch. Das oberste Gericht von Alabama mußte allerdings die Berufung ablehnen, da im Prozeß selbst nicht gegen das übliche Schema des Verfahrens verstoßen worden war, aber es verlängerte die Lebensfrist der Negerjungen bis zur Durchführung des Appells an das Bundesgericht in Washington.

Das Bundesgericht kann das Urteil nicht ohne weiteres korrigieren. Die Rechtslage in den Bundesstaaten ist so, daß nur dann ein Urteil vom Bundesgericht kassiert werden kann, wenn eine gröbliche Verfassungsverletzung vorliegt. Aber nach der Auffassung der Verteidigung und des Anwalts beim Obersten Gericht von Alabama handelt es sich hier allerdings um die Judikatur im Sinne der alten, verfassungswidrigen „Jim Crow Laws“, ehemaliger Negergesetze, die im Gebrauch waren, als die Sklavenbefreiung noch nicht restlos in den Südstaaten durchgeführt war.

Tom Mooney schreibt:

In den Vereinigten Staaten verfolgt man den Fall mit tiefer Anteilnahme. Die Zeitungen haben über die Affäre in langen Artikeln berichtet — die gesamte zivilisierte Öffentlichkeit glaubt an die Unschuld der acht Verurteilten oder doch wenigstens an den gegläuteten Schuldbeweis; man hofft, daß das oberste Bundesgericht derselben Meinung ist und aus diesem Grunde den Spruch von Alabama kassiert. Für die acht jungen Neger steht sich übrigens auch der Arbeiterführer Tom Mooney in einem soeben in einer New Yorker Zeitung veröffentlichten, von Ende März 1932 datierten Brief ein. Der erschütternde Brief von Tom Mooney, der wegen eines angeblichen Bombenattentats in San Francisco seit 17 Jahren — allem Anschein nach unschuldig! — im Zuchthaus sitzt und hingerichtet werden soll, ist aus dem kalifornischen Zuchthaus St. Quentin an seine Mutter gerichtet. Die Begründung ist ungefährlich wieder abgelehnt worden. In dem Schreiben Mooneys heißt es: „... ich muß Dir besonders für jene große Opfer danken, die Du für die Sache der Arbeiter bringst. Etwa zehn Jahre schweren Kampfes um meine bedingungslose Freilassung liegen hinter Dir. Deine Gesundheit, Deine Kraft hast Du dafür hingegen und nun steht Du nochmals auf und läßt einen neuen Kampf, nicht um mich, sondern um andere Männer. Es ist mir die größte Freude zu wissen, daß Deine Mutterliebe sich nicht auf eigenes Fleisch und Blut beschränkt, sondern daß Du ebenso für die Freilassung der Opfer von Scottsboro, wie für die unglücklichen Bergarbeiter von Harlan dich einsetzt... Dein Sohn“.

Starets Intibia

Im Berliner Staretsprozeß verhandelte das Gericht am Montag in der Wohnung der erkrankten Hellscherin Frau Seidler. Frau Seidler — während des Krieges Nationaloberin hoher Offiziere — hat vor allem Mag Starets persönlich beraten. Vor ihrem Tragbett war zur Vertheidigung der Aussage ein Mikrophon aufgestellt. Die Öffentlichkeit war durch Zulassung von drei Zuhörern und zehn Pressevertretern zugegen. Der Andrang war indes so hart, daß die Polizeibeamten vor dem Hause der Frau Seidler nicht einmal die Hauptangeklagten Willi und Leo Starets zum „Verhandlungssaal“ lassen wollten. Journalisten mußten die Angeklagten erst legitimieren.

Frau Seidler erzählte unter anderem, wie sie Mag Starets gelegentlich gemeistert hätte: „Sie müssen über das Tempelplatz Feld gehen, links nach Reutlingen zu. Da werden Sie einen Herrn an einem kleinen Büschchen stehen sehen, der ist was wie ein Bittler. Fragen Sie diesen Herrn, an wen Sie schreiben sollen.“ Mag Starets habe diesen Rat befolgt; am be-

zeichneten Platz habe ein Herr gestanden und aus einer braunen Tüte Schnecken gegessen; es war der Magistratsdirektor Rieburg, mit dem Mag Starets dann die ersten großen inkriminierten Geschäfte gemacht hat...

Die Zeugin erklärte weiter, daß sie Mag Starets „das Glück“ gebracht habe; an dem „großen Unglück hinterher“ trage sie keine Schuld. Willi Starets habe sie nur zwei Mal, Leo Starets auch nicht sehr häufig gesehen; Willi war ihr zu skeptisch, Leo zu zappelig. Die Brüder hätten bis zuletzt geglaubt, daß sie Geld von der amerikanischen Morganbank zur Abdeckung ihrer Schulden bekommen würden.

Die mitangeklagten Magistratsbeamten Schneider, Bencke, Schünning, Hoffmann, Schmitt, Degner und Gabel belastete die Zeugin aufs schwerste. Einmal habe Mag Starets ausgerufen: „Mein Gott, Menschen in solchen Stellungen mit solchen Gehältern, und können nicht genug bekommen!“

Ein Jugendheim der Arbeiterwohlfahrt durch Brandstiftung vernichtet

Am Montag ist in dem Vorort Zehlendorf in Köln das Jugendheim der Arbeiterwohlfahrt — eine große Baracke — bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Das gesamte Inventar, wertvolle Bücher der Sozialistischen Arbeiterjugend und des Touristenvereins Naturfreunde sowie andere Sachen wurden ein Opfer der Flammen. Das Feuer beruht auf Brandstiftung. Wahrscheinlich sind Nationalsozialisten die Brandstifter!

Nächtliche Zigeunerplünderung in Schönholz

Vor dem Hause Germanenstraße 40 in Schönholz bei Berlin kam es in der Nacht zum Montag zu einer schweren Schießerei zwischen den Angehörigen zweier Zigeunerstämme, bei der der 28 Jahre alte Friedrich Josef aus der Ritterstraße 9 in Pantow durch einen Rückenstich schwer verletzt wurde, so daß er sofort ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Als das Ueberfallkommando alarmiert wurde, war der Schütze bereits in Richtung Buchholz geflüchtet.

Selbstmord eines Bankiers

Der Direktor der Landesbank für Haus- und Grundbesitz G. m. b. H., Karlsruhe, Arthur Duschmale, hat sich gestern in seiner Wohnung erschossen. Wie die Landesbank hierzu mitteilt, sollen gesundheitliche Gründe Direktor Duschmale zum Selbstmord veranlaßt haben. Die Geschäftsführung sei in Ordnung. Der Verstorbene hinterließ keine Schulden.

Schweres Bootsunglück

Auf der Havel bei Gatow kenterte der Chauffeur Lehmann, der mit seiner Ehefrau und seinem Töchterchen dort eine Paddelbootfahrt unternommen hatte. Während sich die Frau noch am Boot festhalten konnte, ging der Mann, der das Kind am Arm hatte, unter.

Kreuzers Namensstempel

Mya Dagligt Alshanda berichtet: Unter den aufsehen-erregenden Kunden im „Stillen Zimmer“ Juar Kreuzers befinden sich eine Anzahl Stempel mit den Namenszügen bekannter Wirtschaftler, die Kreuzer wohl dann gebraucht hat, wenn er nicht sicher war, ob die Betroffenen freiwillig ihre Unterschriften geben wollten. Wenn er den Namenszug einer angehenden Person in seine Hand bekommen hatte, ließ er einen Stempel nach der Handschrift machen. Kreuzer soll angeblich diese Stempel bei Aktienzeichnungen verwendet haben. An diesen Vorgängen hat jedoch die Polizei weniger Interesse, da ja der Fälscher gestorben ist und diejenigen Personen, deren Unterschriften gefälscht wurden, Verpflichtungen, die aus der Fälschung der Ueberschrift etwa entstanden sind, natürlich nicht nachkommen brauchen. Dagegen dürfte die Polizei sich mit einigen Erpressungsangelegenheiten befassen. Im Nachhinein hat man nämlich eine Menge gefunden, die Namen einer Reihe solcher Fälle enthalten soll. Eine Anzahl weiblicher Erpresser habe ihn bedroht und in vielen Fällen soll es ihnen gelungen sein, Geld von ihm zu bekommen.

Tornado Schäden

in den Staaten Tennessee und Kentucky

Ein Wirbelsturm soll gestern vormittag mehrere kleine Städte im Staate Tennessee heimgesucht haben. Die Höhe des angerichteten Schadens steht noch nicht fest. Man bezweifelt, daß in der Stadt Rosemart mehrere Personen getötet und verletzt worden sind. Auch mehrere Städte in Kentucky sollen unter dem Tornado gelitten haben.

Nach einer weiteren Meldung sollen bei dem Wirbelsturm in drei Städten des Staates Tennessee sieben Personen getötet worden sein. Der Sturm, der von einem äußerst heftigen Gewitter und Hagelschlag begleitet war, verwickelte auch mehrere Ortschaften in Arkansas und Alabama und vernichtete dort die Ernte.

Der Regen des Meeres wird geborgen



Ein Bild von der Arbeit auf einem Heringsdampfer, der bei Island auf Fang ausgefahren ist: die Feringe sind mit dem riesigen Schleppnetz eingefangen und auf Deck ausgeschüttet worden. Hier werden sie mit Vitwedder urausgenommen, zwischen Eis gelegt und „grün“ auf dem Fischmarkt verkauft, oder sie werden noch auf hoher See ausgenommen, gefolgt und in Tonnen eingelegt.

Kapitän Klatschbusch auf der Löwenjagd

Von G. Th. Notman.

(Nachdruck verboten.)



Hierauf lud der Kapitän sein Gewehr und packte drauf los, als sollte er ganz allein eine ganze Armee schlagen. Die beiden Rhinogerosse rannten zu Tode erschrecken davon, zum Wasser hinaus und geradewegs den Hügel hinauf. Sie schleppten natürlich zugleich den Wagen mit, und das hatte der klauere Kapitän nun gerade beabsichtigt.

Bei einem Baum auf der Spitze des Hügelis stand einer der Neger. Die Rhinogerosse drauf los! Aber der Neger merkte im letzten Augenblick gewandt in den Baum, und während das eine Rhinogerosse mit dem verirrten Seil weiter rannte, ließ das andere mit solcher Kraft gegen den Baum, daß die beiden Säuer sich tief in den Stamm hineinstießen und das Tier so nicht wieder herausgelassen vermochte.

Übermats leichter Rückgang Der schlesischen Arbeitslosigkeit

Der Arbeitsmarkt hat während der Berichtszeit eine weitere, gegen den Vorberichtszeitraum verstärkte, Entlastung erfahren, die ganz überwiegend auf die Außenberufsgruppen entfällt.

Die Gesamtzahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen ist von 486 841 auf 466 779 (345 683 in Ober- und 121 096 in Niederschlesien), also um 22 062 zurückgegangen. Von der Gesamtzahl der gemeldeten Arbeitslosen sind 459 611, also über 98 Prozent arbeitslos.

Stärker als bei den Arbeitslosen ist der Rückgang während des Berichtszeitraumes in der Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosen- und Krüppelunterstützung zusammen. Diese Zahl ist von 267 871 auf 231 185 (168 968 in Nieder-, 62 217 in Oberschlesien), also um 36 684 zurückgegangen. Die Verminderung beruht allein auf einer Abnahme der Arbeitslosenunterstützten (von 154 294 auf 120 244), während bei den Krüppelunterstützten eine weitere leichte Zunahme (von 113 577 auf 110 941) zu verzeichnen ist.

Der nicht unerhebliche Unterschied zwischen der Abnahme in der Zahl der Arbeitslosen und der Hauptunterstützungsempfänger erklärt sich zu einem Teil auch daraus, daß gerade jetzt verschiedene Kreise von Arbeitslosen in Zugang kommen, die als Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosen- und Krüppelunterstützung nicht oder nicht mehr in Frage kommen. Es handelt sich hier hauptsächlich um Schulenkinder, auch Abgänger aus Fachschulen, um nach Beendigung der Lehrzeit Entlassene, deren Zahl sowohl in den handwerklichen als auch in den kaufmännischen Berufen nicht unerheblich ist, schließlich in der landwirtschaftlichen und im Bekleidungsberufe, um Arbeitslose, die sich bisher nicht oder längere Zeit nicht mehr beim Arbeitsamt gemeldet haben, es jetzt aber tun, in der Hoffnung, bei der Frühjahrsbelegung wieder Arbeit zu erhalten. Endlich kamen verschiedentlich auch wieder früher selbständige Handwerksmeister in Zugang.

Die Zahl der Arbeitslosen liegt insgesamt um rund 79 500 über der entsprechenden Vorjahreszahl, davon entfallen rund 28 000 auf Angehörige der Außenberufsgruppen. Am 15. April 1931 betrug die Gesamtzahl der Arbeitslosen 267 313 (231 047 in Nieder-, 136 272 in Oberschlesien). Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosen- und Krüppelunterstützung zusammen war zur gleichen Zeit des Vorjahres um fast 12 200, bei den Arbeitslosenunterstützten allein um fast 70 900 höher, bei den Krüppelunterstützten allein um 58 700 niedriger als die diesjährige Zahl. So betrug die Gesamtzahl der Arbeitslosenunterstützten zur gleichen Zeit des Vorjahres 191 127, die Zahl der Krüppelunterstützten 55 241.

Die bisherige Entlastung des Arbeitsmarktes gegenüber dem Höchststand des Winters ist mit insgesamt 32 924 in diesem Jahre um über 6 900 geringer als in der gleichen Zeit des Vorjahres, wo sie rund 39 850 betrug. Auch im Vorjahr war diese Entlastung fast ausschließlich auf die Außenberufe zurückzuführen, bei denen allein die Entlastung rund 39 690 betrug. In diesem Jahre ist aber die Entlastung in den Außenberufen allein mit rund 37 800 stärker als die Gesamtentlastung überhaup. Das erklärt sich insbesondere aus dem weiteren Anstieg der Zahl der Arbeitslosen im Bergbau, in den Angestelltenberufen, der Gast- und Speisewirtschaft, der Berufsgruppe Theater und Musik, den häuslichen Diensten und dem Nahrungs- und Genussmittelgewerbe (besonders Tabakindustrie) und einer verhältnismäßig geringen Veränderung (Abnahme) in den übrigen Berufsgruppen.

Die Entlastung des Arbeitsmarktes während der Berichtszeit ist, wie bereits erwähnt, ganz überwiegend auf die Außenberufe zurückzuführen. Bei einer Verminderung der arbeitslosen Arbeitslosen um 22 489 (12 479 bei den männlichen, 10 010 bei den weiblichen Arbeitslosen) zeigen die Außenberufsgruppen allein eine Verminderung um 24 051 (13 351 bei den männlichen, 10 700 bei den weiblichen Arbeitslosen), wovon bei den weiblichen Arbeitslosen allein 10 042 auf Angehörige der Land- und Forstwirtschaft entfallen. Einen verhältnismäßig geringen Rückgang weisen noch einige andere Berufsgruppen, beispielsweise das Bekleidungsberufe (teilweise leichte saisonmäßige Belebung in der Schneiderei und Schuhmacherei), das Spinnstoffgewerbe, Zelt-, u. Kanarierherstellung, die Berufsgruppe Heizer und Kochknechte (im Zusammenhang mit der saisonmäßigen Belebung der Obergießfabrik) auf. Dagegen ist eine weitere Zunahme besonders in den Angestelltenberufen, in der Berufsgruppe häusliche Dienste und auch wieder noch im Bergbau zu verzeichnen.

Nach den vorläufigen für den Monat März gemachten Feststellungen über Soll- und Teilstilllegungen hat sich die Zahl der Stilllegungen gegenüber den Vormonatszahlen zwar etwas vermindert; die Zahl der dadurch betroffenen Kräfte aber erhöht, was wesentlich auf eine große Stilllegung in der ober-schlesischen Schwerindustrie zurückzuführen ist. Der Zahl von 57 erhaltene Stilllegungen stehen, nach den bisherigen Feststellungen, im Monat März 23 tatsächlich durchgeführte Soll- und Teilstilllegungen (im Vormonat 28) gegenüber, durch die 3 790 (im Vormonat 2 761) Kräfte betroffen werden. Der weiteste Anteil entfällt auf die Metallindustrie mit 2 377 betroffenen Kräften, es folgt das Spinnstoffgewerbe mit 495 Betroffenen, das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe (384), der Bergbau (397), das Holz- und Schnitstoffgewerbe (215).

In der Entlastung des Arbeitsmarktes während der Berichtszeit haben, mit Ausnahme von vier Arbeitsämtern, alle, insbesondere die fünf landwirtschaftlichen Kreise und die Abgabebereiche für landwirtschaftliche Kräfte teil. Eine Zunahme Arbeitslosen zeigen die Arbeitsämter Breslau, Waldenburg, Beuthen und Hindenburg. Die Zunahme ist bei Breslau und Waldenburg auf Zuwachen der Arbeitslosen-Zahlen aus dem Metallgewerbe, bei Breslau im übrigen aus den Angestelltenberufen, dem Bekleidungsberufe, der Holz- und Schnitstoff- und der Lederindustrie, bei Waldenburg auch noch auf eine Zunahme der weiblichen Arbeitslosen der Berufsgruppe häusliche Dienste zurückzuführen. Bei Beuthen und Hindenburg beruht die Zunahme in der Hauptsache auf weiteren Zugängen aus dem Bergbau, in Hindenburg auch auf Zugängen aus der Metallindustrie.

Belebung in der Zementindustrie

In der Zementindustrie ist eine leichte Besserung festzustellen. Seit Juli und August sind die meisten Werke still, so auch im Bezirk Breslau, wo nun über 30 Werke lange Zeit nur zwei oder drei und auch die nur einzeln arbeiteten. Jetzt haben einige Werke den Betrieb wieder aufgenommen. In Paderborn ist zum Beispiel das Werk III wieder in Gang gekommen. Das Werk VIa hat Neuanstellungen vorgenommen. In Siegen ist das Werk Fortuna und in Bielefeld, ebenso die Erntewerke. Auch das Werk Bielefeld soll die Produktion wieder aufnehmen.

Im März sind 194 000 Zementtuben hergestellt worden, das sind 10 Prozent mehr als im Februar.

gegenüber Februar. Gegenüber dem Vorjahr blieb im März der Absatz jedoch noch nahezu um 40 Prozent zurück.

Ob die Besserung von Dauer ist, bleibt abzuwarten. Zu wünschen wäre es im Interesse der Zementindustrie, damit sie nicht dauernd auf die paar Pfennige Unterstützung, die sie vielleicht noch bekommen, angewiesen sind. Freilich bei den bereits stark herabgesetzten Löhnen werden die Zementarbeiter auch bei voller Arbeitszeit keine großen Sprünge machen können.

Lohnstreit im rheinisch-westfälischen Gas- und Elektrizitätswerk

Der Arbeitgeberverband der rheinisch-westfälischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke verlangte bei den Parteiverhandlungen im Lohnstreit eine Lohnkürzung um 3 Pf. pro Stunde sowie die Abschaffung des Hausstands- und Kindergeldes mit ebenfalls 3 Pf. Begründet wurde die Forderung mit der wirtschaftlichen Lage, vor allem mit dem Sinken des Absatzes der Werke.

Die Gewerkschaften lehnten diese Forderungen ab mit dem Hinweis, daß über die Senkung des Lebenshaltungsniveaus hinaus die Löhne bereits auf den Friedensstand und darunter gedrückt seien.

Am Sonnabend finden die Verhandlungen vor dem Schlichter in Dortmund statt.

Versorgungsanwärter und Fachprüfungen

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns mitgeteilt: Für Krantenkassenangehörige ist die Erbringung des fachlichen Befähigungsnachweises durch bestimmte Prüfungen vorgeschrieben. Es handelt sich dabei um eine Anstellungs- und Beförderungsprüfung. Es ist die Frage aufgetaucht, ob die von den Krantenkassen eingestellten Versorgungsanwärter gleichfalls verpflichtet sind, diese Prüfungen abzulegen. Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat in einem Bescheid vom 1. März 1932 dazu Stellung genommen. Er hat darin erklärt, daß die vor den Wehrmachtsfachschulen abgelegten Prüfungen zwar als Ausweis der erforderlichen allgemeinen Bildung angesehen werden können, nicht aber geeignet seien, die Versorgungsanwärter von den vorgeschriebenen Fachprüfungen zu befreien. Die Prüfungen müssen nach den Vorschriften, die für alle Angestellten gelten, auch von den Versorgungsanwärtern abgelegt werden.

In der Kaliindustrie gibt es eine unangenehme Ueberraschung

Einer der drei Kali-Konzerne, der Burbachkonzern in Magdeburg, krank an kurzfristigen Schulden. Man nennt die Zahl von 60 Millionen Mark. Wie man hört, hat man bereits versucht, im vorigen Jahr über eine neu zu gründende gemeinsame Gesellschaft eine englische Anleihe hereinzunehmen. Gegen das Projekt wandte sich aber die Commerz- und Privatbank, bei der Burbach Kredite in der Linie hat. Im übrigen kam die Bankentzichte und machte die Anleiheprojekte zunichte, als die Beträge unterzeichnet werden sollten. Jetzt wird Burbach verlangen müssen, seine Bilanz anderweitig in Ordnung zu bringen. Die Schulden, die zum größten Teil wohl im Ausland aufgenommen zu sein scheinen, sollen unter das Stillhalteabkommen. Was jedoch nichts daran ändert, daß Ordnung geschaffen werden muß. Wie das ist Sache des Burbachkonzerns. Wir halten es aber für angebracht, von vornherein zu betonen, daß die Öffentlichkeit, der man hinsichtlich Subventionen in letzter Zeit in hohen Maße zugewandt hat, eine Kali-Subvention nicht ertragen würde.

Die Spitzengesellschaft des Burbachkonzerns ist die Burbach-Kalimonte A.-G. in Magdeburg. Das Unternehmen ist eine Sammelgesellschaft von 28 früher selbständigen Gesellschaften mit insgesamt 32 Schächten, von denen allerdings weit über die Hälfte stillgelegt. Die eubalige Zufuhr wurde 1929 vollst. Der Mangel bei diesen Kali-Transaktionen war der bekannte Kaliindustrielle Erhard Korte. Korte hat sich die Bildung eines Kali-Konzerns ein gutes Stück Geld kosten lassen. Er hat die einzelnen Gesellschaften, in der Zeit der Konjunktur nach der ungesicherten Kali-Gewinne, sehr teuer bezahlt. Leider aber mit kurzfristigen Krediten. Der Konzern mußte bereits sein Aktienkapital von 125 Millionen auf 70 Millionen

Konsumgenossenschaften und Rationalisierung

In der Nummer 17 der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau behandelt Heinrich Gerlach die Frage der Rationalisierung. Die Rationalisierung ist an sich vernünftig, sie erleichtert den Menschen die Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse und ebnet die Bahn für eine wachsende Beroollkommenung der Lebensbedürfnisse. Wenn die Rationalisierung heute zu verlangen scheint, so liegt das daran, daß sie planlos und unvernünftig betrieben wird. Nur so ist es gekommen, daß Millionen arbeits- und brotlos sind und den Segen der Rationalisierung nicht spüren.

Die Konsumgenossenschaften, deren Wesen Vernunft bedeutet, sind Anhänger der Rationalisierung. Dieses uneingeschränkte Bekenntnis der Konsumgenossenschaften zur Rationalisierung und deren billiger, verständlicher Handhabung durch sie mußten die Konsumgenossenschaften in den Gefahrenbereich der Rationalisierung ziehen. Leider sind die Konsumgenossenschaften keine glücklichen Jäger, deren der Sturz der kapitalistischen Wirtschaft nicht abzuwenden kann. Den Konsumgenossenschaften und ihren zersplitterten Kräften treffen die Rationalisierungsmaßnahmen nicht nur, sondern treffen sie besonders schwer. Das alles aber kann sie nicht veranlassen, die rationalisierte Wirtschaftsmethode in Abt und Bann zu tun. Die Konsumgenossenschaften werden die Handlungen ihrer Vergangenheit nicht ablassen. Sie waren stets mit der Technik im Bunde, mehr noch; sie zogen aus deren Fortschritten Folgerungen für die Befreiung der Arbeitszeit in ihrer Lebensarbeit. In einer Zeit, als es in der Wirtschaft nicht nur keine Rationalisierung gab, sondern die Rationalisierung

Völliges Versagen des primitiven Arbeitslosenschutzes in den Vereinigten Staaten

In den Vereinigten Staaten ist der Arbeitslosenschutz stark gefährdet. Die freiwilligen Spenden haben in 22 großen Städten nahezu vollständig aufgehört. Die charitativen Hilfsorganisationen sind am Ende ihrer Kraft, weil ihre Geldgeber selbst in Bedrängnis sind. Auch in New York kommt man mit der bisherigen Unterstützungsform nicht mehr weiter. Die Behörden hatten eine Summe von etwa 50 Millionen Dollar für notwendig, wenn die Arbeitslosenunterstützung nicht völlig aufhören soll. — Auch die Vereinigten Staaten werden um den staatlichen Arbeitslosenschutz nicht herumkommen.

Fünfter Treuhandbericht aus dem Lahusentour

Die Deutsche Treuhandgesellschaft für Warenverkehr legt den fünften Bericht im Lahusentour vor. Danach betrug die Aktiven Ende 1931 im Nordwollekongern rund 33,5 Mill. Mark, die Passiven dagegen über 219 Millionen Mark. So steht also die Vermögenslage des Lahusentourers aus, der nach den Willen der nationalsozialistischen Presse hätte gerettet werden können, wenn das Reich Subventionen zur Verfügung gestellt hätte. Der Staat hätte dann Geld für die Familie Lahusen herausgeworfen.

Der fünfte Bericht der Treuhandgesellschaft verweist vor allem darauf, wie der Nordwollekongern durch die Weidener Lahusen, die Hitler sehr reichlich unterstützten, ausgeraubt worden ist. Über die berühmten Konten „Lahme“ und „Brüder Lahusen“ bei der Wismare gingen nicht die Geschäfte des Kongerns, sondern die Geschäfte der Brüder Lahusen. Die Verwicklung ist so kompliziert, so wird im Bericht bemerkt, daß man den Mächtigkeiten heute noch nicht endgültig auf die Spur gekommen ist. Die Revisionsgesellschaft stellt fest, daß die Forderungen aus den erwähnten Konten gegen den Nordwollekongern zu Unrecht erhoben worden sind. Es handelt sich hier um Forderungen an die Familie Lahusen.

Die Besprechung der Eisenbahnerorganisationen mit Generaldirektor Dornmüller zur Vermeidung eines neuen Betriebsabbaus, die Sonnabend stattfand, brachte noch kein Resultat. Es müssen zunächst noch Unterhaltungen über die Auswirkungen der Vorschläge der Organisationen durchgeführt werden. Die Verhandlungen werden Ende der nächsten Woche wieder aufgenommen.

Markt herunterziehen. Gegen die Finanzpolitik Kortes hat sich die Kritik sehr oft gemeldet. Leider aber nicht mit dem gewünschten Erfolge, wie sich jetzt zeigt. Korte ist der Top des Industrieautokraten. Er spielt in seinem Konzern, wie seine Kollegen in anderen Konzernen, Generaldiktator. Schließlich sind bei Burbach Duzende von Millionen in einem mühsamen Kampf um die Vorherrschaft im Kalikonflikt verzehrend worden. Es handelt sich hier um den Kampf zwischen Burbach und dem größten Kalikonkern in Deutschland, Wintershall, um einen Kampf zwischen dem Generaldiktator von Burbach gegen Koppers, der ungefähr dasselbe bei Wintershall ist. Bei diesem Kampf hat man sich, wie jetzt offenbar wird, sehr tief in die Kassen hineingeritten.

Die Ertragsrechnung für 1930 zeigt bei Burbach noch einen Gewinn von 8,6 Millionen Mark gegenüber 10 Millionen im Jahre 1929 und 16,14 Millionen Mark im Jahre 1928. Die Gewinne, die Burbach für das verfluchte Jahr gemacht hat, reichen natürlich nicht aus, um die Bilanz in Ordnung zu bringen. In der Bilanz des Burbachkonzerns für 1931 selbst ist mit dem besten Willen nichts von kurzfristiger Verschuldung in der Höhe, wie sie jetzt bekannt wird, zu entdecken. Die ganze Aktion soll sich über zwei Tochtergesellschaften, die Hauptverwaltung der Burbachkonzern G. m. b. H. und der Gewerkschaft Burbach in Beendorf abwickeln haben. Auf jeden Fall würde sie so verheerend abgewickelt, daß die Weltwelt erst jetzt mit Staunen erfährt, was sie wohl seit langem ahnte, aber nicht wahrte.

Der Fall Burbach ist ein neuer Beweis für die Notwendigkeit einer wirklichen Kontrolle unserer großen Aktiengesellschaften.

genossenschaften war man und ist man heute noch nur zögerlich, wenn bei der durch den Stand der Technik bedingten Arbeitszeit eine Selbstverpflichtung schon vor einem Menschenalter als wirtschaftsrechtliche Forderung begriffen.

Die Konsumgenossenschaften können aus dem durch die kapitalistische Wirtschaft geschaffenen fehlerhaften Zirkel nicht mehr von ihnen gewinnbringend Schnellsteht heraus. Sie werden aber, über ihr Bekenntnis zu den natürlichen Folgen der Rationalisierung hinaus, auf der Bahn stehen, um wieder den Beweis zu erbringen, daß ihre Arbeit vernünftig ist. Sie können nicht auf einzelne den sechsständigen Arbeitstag einwirken, damit Industrie, Handwerk und Handel häßlich über den Opferhof der Konsumgenossenschaften hinweggehen. Unter diesen Umständen werden sich die Konsumgenossenschaften bei der Gestaltung der Arbeitszeit einen Ausnahmestatus drängen lassen. Hier sprechen die Gründe. Die Konsumgenossenschaften betreiben ja außer ihren gewöhnlichen Beschäftigten auch noch drei Millionen Mitglieder. Die ertrogen weitere Einbuße an den Vorteilen, die ihnen ihre Konsumgenossenschaft zu geben hat, nicht. Aber wenn einmal der Staat auf der Straße der Rationalisierung in Bewegung kommen sollte, wenn sich einmal die Angst der Anhänger der Technik vor den natürlichen Folgen der rationalisierten Wirtschaft emigrieren gelegt haben wird, werden die Konsumgenossenschaften nicht die Natur der Rationalisierung die Arbeitszeit vernünftig gestalten.